

# Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 M. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

**Insertionsgebühr**  
beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

**Redaktion: Denthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.**

## Auf zur Wahl!

Der Tag der Entscheidung ist da; heute wird es sich zeigen, ob die in den letzten Monaten betriebene Agitation zu den Stadtverordnetenwahlen eine Vermehrung der Arbeitervertreter im Rathhause im Gefolge haben wird. Zwei Wahlbezirke, welche bisher schon durch von der Arbeiterpartei gewählte Stadtverordnete vertreten wurden, sind am 24. November im ersten Wahlgange behauptet worden, indem die Herren Singer und Witan mit erdrückender Majorität wieder resp. neu gewählt wurden.

Im 25. und 34. Wahlbezirk gelangen die Arbeiterkandidaten Franke und Böhl zur Stichwahl, ersterer mit dem Kandidaten der Bürgerpartei, letzterer mit dem der Liberalen. Im 25. Wahlbezirk wurden am 24. November für den Kandidaten der Arbeiterpartei Schlossermeister Franke 298, für den zur Stichwahl gelangenden Gegenkandidaten Apotheker Krampf (Bürgerpartei) 333 Stimmen abgegeben, während auf den Vergolder Böhl im 34. Wahlbezirk 476, auf seinen liberalen Gegenkandidaten Hellriegel 501 Stimmen fielen. Nur wenig Stimmen also sind es, um welche die gegnerischen Kandidaten den Kandidaten der Arbeiterpartei voraus sind.

Mit aller Energie müssen die überzeugten Arbeiter und Handwerker in den beiden genannten Bezirken darnach trachten, die große Zahl der säumigen Wähler, welche am 24. November ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben, zur Wahl heranzuziehen. Es gilt nicht nur zu siegen, sondern glänzend zu siegen. Wohlan denn, Wähler der dritten Abtheilung der Wahlbezirke 25 und 34, erscheint zahlreich am Wahltag und gebt Eure Stimmen ab; im 25. Kommunal-Wahlbezirk für den

**Schlossermeister Emil Franke,**  
Saarbrückerstraße 8;

im 34. Kommunal-Wahlbezirk für den  
**Vergolder Emil Böhl,**  
Ackerstraße 133.

Die Wahl findet heute, Dienstag, den 15. Dezember, in der Zeit von 9 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Abends statt.

Die Wahllokale befinden sich für den  
**25. Wahlbezirk:** in der 87. Gemeindeschule, Memelerstraße 24/25;

**34. Wahlbezirk:** in der 67. Gemeindeschule, Ackerstraße 28a.

Jeder Wähler hat die vom Wahlbureau des Magistrats erhaltene Einladung zur Wahl als Legitimation in das

## Feuilleton.

### Die Hand der Nemesis.

Roman

von  
Ewald August König.

(Fortsetzung.)

„Erwarte von Dem nichts! Ich war vorhin bei meinem Schwager mit ihm zusammen, ich weiß genug, er sorgt nur für sich und nimmt dabei auf Dich gar keine Rücksicht. Es ist besser, Du sprichst nicht mit ihm und sorgst ebenfalls nur für Dich allein.“

Die ehemalige Wärterin dachte eine geraume Weile nach, dann, wie von einem plötzlichen Entschluß getrieben, holte sie die Schreibmaterialien, um den Rath ihres Mannes zu befolgen.

Siebel sah ihr schweigend zu, er hatte einstweilen auch hier genug erreicht, der Weg war gebahnt.

Die Angst und Aufregung, in welche er die Frau versetzt hatte, waren mächtige Verbündete; es stand mit Sicherheit zu erwarten, daß diese Angst während der Nacht nachwuchs, vielleicht war sie nach dieser Nacht bereit, das Geheimniß zu enthüllen, um in der drohenden Gefahr einen Verbündeten zu gewinnen.

Und konnte er erst das Geheimniß, dann ergab alles Uebrige sich von selbst.

„Ich hoffe, daß dieser Brief Eindruck auf ihn machen wird,“ sagte Frau Siebel, als sie endlich ihre Arbeit beendet hatte, „er darf nicht sprechen, er würde sich selbst unglücklich machen. Sieh und Andere, die er schonen muß!“

Der Zimmermann steckte den Brief in seine Tasche und nahm seinen Hut.

„Der Brief soll besorgt werden,“ erwiderte er, „vielleicht bringe ich Dir morgen schon die Antwort.“

Damit ging er hinaus, und als der Antiquar ihn unten an der Treppe empfing und die Absicht zeigte, ihn über den Zweck seines Besuches auszuforschen, schob er ihn ziemlich unsanft bei Seite, um seinen Weg fortzusetzen.

Wahllokal mitzunehmen. — Diejenigen Wähler, welche eine solche Einladung nicht erhalten haben, müssen sich durch andere, auf ihren Namen lautende Urkunden (Steuerzettel, Miethskontrakte etc.) legitimiren. Wer nicht bis spätestens 6 Uhr Abends im Wahllokale erscheint, kann seine Stimme nicht abgeben, geht also seines Wahlrechts verlustig; versäume daher niemand, der die Nothwendigkeit der Wahl von Arbeiterkandidaten erkannt hat, nicht nur selbst seine Stimme abzugeben sondern auch in seinem Bekanntenkreise für eine Massenbetheiligung an der Wahl zu wirken.

Die Wahlbureaus der Arbeiterpartei befinden sich heute

Für den 25. Wahlbezirk: Memelerstraße Nr. 57 im Lokale des Herrn Brunzel.

Für den 34. Wahlbezirk: Ackerstraße Nr. 143 im Lokale des Herrn Schager.

Alle Diejenigen, welche für die Wahl der Arbeiterkandidaten wirken und das Arbeiter-Wahlkomité unterstützen wollen, werden ersucht, sich heute (Dienstag) Morgens 8 Uhr, in den Wahlbureaus zu melden.

## Aufhebung der Zivilehe.

Vor Kurzem lasen wir in einem evangelisch-orthodoxen Kirchenblatte, daß die obligatorische Zivilehe der Religion großen Abbruch thue, das Familienleben vergifte und die Moralität vernichte. Das christliche Volk müsse dagegen protestiren und die Gesetzgebung drängen, dieses schlimme Gesetz abzuschaffen.

Für eine derartige Bewegung ist die gegenwärtige Reaktionszeit unzweifelhaft günstig. Läuft doch der Reaktionslarran auf allen Gebieten mit großer Behemung zurück in den Sumpf; befinden sich doch unter den Leitern der Geschicke unseres Vaterlandes Verschiedene, die der Reaktion huldigen.

Dat nicht selbst der jetzige Vizepräsident im preussischen Ministerium, Herr von Puttkamer, als er noch Oberpräsident von Schlesien war, einen Antrag unterstützt, die auf Abschaffung der obligatorischen Zivilehe im Reichstage eingebrachten Petitionen dem Reichskanzler „zur Berücksichtigung“ zu überweisen. Und seit jener Zeit hat sich Herr v. Puttkamer nicht verändert.

Die Zeit ist, wie gesagt, recht günstig zu einer beratigen Agitation gewählt. Die politische Reaktion ist wohl niemals so mächtig in Deutschland gewesen, wie heute; die wirtschaftliche Reaktion schwelt mächtig an und die kirchlich-soziale Reaktion — im Gegensatz zu einer kirchlich-theoretischen, die nicht mehr kommen kann — macht sich überall breit mit großem

### Der Brief.

Daß der Oberst seinen so plötzlich gefassten Vorfaß ausführen und in sein Stammschloß übersiedeln werde, hatte Siegfried erwartet, aber im höchsten Grade bekümmert es ihn, daß der alte Haudegen nun auch mit all' seinen alten Gewohnheiten so gründlich und völlig gebrochen hatte.

Er kam nicht mehr zur Parade, nicht zum Diner in's Hotel, er ließ sich überhaupt in der Stadt nicht mehr blicken.

Siegfried konnte und durfte das freilich als ein sehr günstiges Zeichen, auch in Bezug auf seine eigenen Wünsche betrachten, aber er entbehrte doch den Verkehr mit dem alten Herrn, und das um so mehr, weil er in den ersten Tagen keine Zeit fand, ihn und die Damen zu besuchen.

Gerade in diesen Tagen häuften die Verbrechen sich, die Amtspflichten nahmen die ganze Thätigkeit Siegfrieds in Anspruch, ein Zeugenverhör folgte dem andern, und wenn der Assessor am Abend sein Bureau verließ, so zog er ermüdet sich in seine Wohnung zurück, um dort die nöthige Ruhe und Erholung zu suchen.

Durch diese angestrengte Thätigkeit war er nicht einmal dazu gekommen, die Untersuchung gegen den Amerikaner weiter zu verfolgen; er dachte erst nach einigen Tagen wieder daran und benutzte den ersten freien Abend, um das Gepäck des Angeklagten einer gründlichen Untersuchung zu unterwerfen.

Was er suchte, fand er endlich, ein kleines Packetchen Papiere, sorgfältig zusammengelegt und in Wachleinwand eingehüllt.

Es waren Kaufbriefe, Rechnungen, Wechsel und andere mehr oder minder wichtige Papiere, die nicht einmal der Nähe der Durchsicht lohnten.

Nur ein einziger Brief befand sich unter ihnen, und dieser Brief trug die Unterschrift Rade's.

Durfte Siegfried hoffen, daß er in ihm den gewünschten Aufschluß finden werde?

Er zweifelte daran; enthielt dieser Brief Wichtiges, so wäre er gewiß vernichtet worden.

Fanatismus und noch größerer Behäbigkeit. Die kirchliche Orthodorie sucht sich in alle sozialen Verhältnisse einzudrängen. Ihr soll nun auch eine der besten Errungenschaften der Gesetzgebung des Deutschen Reichs zum Opfer fallen, die Zivilehe.

Die Gemäßigteren unter den Reaktionen wollen nur die obligatorische Zivilehe aufheben, sie aber fakultativ bestehen lassen, so daß es Jedem freistehen soll, sich von dem Zivilstandsbeamten oder von dem Priester trauen zu lassen. Beide Ehen würden dann gleichmäßig Gültigkeit haben.

Dieser Vorschlag hat nur ein erhebliches Bedenken: nämlich die Schwierigkeit für den Staat, dann ein untrügliches und ordnungsgemäßes Personenstandsregister zu führen. Wäre diese Schwierigkeit nicht, so würden wir uns gegen einen solchen Vorschlag, da wir die Religion für Privatsache halten, nicht erklären können. Denn derselbe läßt es Jedem frei, wo er sich trauen lassen will. Die fakultative Zivilehe würde jedem freien Staate genügen; für die obligatorische spricht nur die staatliche Ordnung.

Gegen die Zivilehe überhaupt richtet sich von unserem Standpunkte aus nur ein Moment, was vielfach übersehen wird, nämlich, daß sich seit Einführung derselben der Austritt aus der Kirche auf ein Minimum reduziert hat. Jede Erschwerung der Eheschließung kirchlicherseits hat erfahrungsmäßig den zahlreichen Austritt aus der Kirche zur Folge.

Deshalb müßte ein freisinniger Mensch die Aufhebung der Zivilehe wünschen, wenn er nicht glaubte, daß die allgemeine Bildung von Jahr zu Jahr wachsen und der Kirche wirksamere entgegenzutreten würde, als der rein durch äußerliche Umstände veranlaßte Kirchenaustritt.

Schon im Jahre 1880 wurde eine Petitionsbewegung von den Reaktionen und Orthodoxen in Szene gesetzt, doch verlief dieselbe trotz großer Anstrengungen im Sande. Dieselbe wurde nämlich vom Zentrum nicht begünstigt, trotzdem jeder einzelne Zentrumsmann die Ansichten der evangelischen Orthodorie in Bezug auf die Verderblichkeit der Zivilehe theilt. Die rheinischen Mitglieder des Zentrums aber haben in dieser Frage eine gebundene Marschroute, da die preussischen Rheinlande schon ungefähr 90 Jahre lang das Institut der Zivilehe besitzen.

Auch hat sich dieselbe im Deutschen Reich trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens im Volke schon derart festgesetzt, daß der Ansturm der Reaktion erfolglos bleiben wird. Hätte er aber Erfolg, so würde das Volk unzweifelhaft mit einem massenhaften Kirchenaustritt antworten.

Das wissen auch die Klügeren unter den Orthodoxen; deshalb stößt die Agitation auf Aufhebung der Zivilehe im eigenen Lager auf Widerspruch.

Er rückte die Lampe näher und entfaltete das Schreiben.

„Ich habe Ihren Brief erhalten,“ las er, „aber mit dem Inhalt desselben bin ich keineswegs einverstanden. Heimweh mag eine besondere Krankheit sein, ich kenne sie nicht, ich weiß nur, daß ein energischer Mann jede Krankheit bezwingen kann, wenn er das ernstlich will.“

„Und was Sie betrifft, werden Sie sich der Bedingung erinnern, deren Erfüllung Sie mir fest versprochen haben. Sie werden sich erinnern, daß ich Ihnen streng verbot, jemals nach Europa zurückzukehren. Die Gründe, die mich zu diesem Verbot zwangen, kennen Sie, und Sie werden auch nicht leugnen, daß Sie damals sie anerkannt haben.“

Nur unter dieser Bedingung versprach ich Ihnen für die Zukunft Ihres Kindes Sorge zu tragen, und wie ich mein Versprechen gewissenhaft erfüllt habe, so verlange ich dasselbe auch von Ihnen.

„Was wollen Sie hier? Unser Geheimniß enthüllen, sich und Andere unglücklich machen?“

„Glauben Sie, daß die Generalin Ihnen für diese Enthüllung danken würde? Glauben Sie, daß jetzt, nach fünfzehn Jahren, Alles so glatt abgewickelt und dem Gericht eine Nase gedreht werden könnte?“

„Wenn Sie das wirklich glauben, dann kennen Sie unsere Befehle nicht, und ich muß Sie ernstlich ersuchen, sich darüber belehren zu lassen, es giebt ja dort deutsche Juristen genug, die hier auf keinen grünen Zweig kommen konnten.“

„Und wenn Sie glauben, daß Ihre Enthüllungen derjenigen Person, die zumeist durch sie betroffen wird, eine freudige Ueberraschung bereiten werden, so ist das wiederum ein Irrthum, der Ihnen selbst einleuchten müßte; es wäre überflüssig, wollte ich mich weiter über ihn auslassen.“

„Ueber das Geschick dieser Person dürfen Sie ganz ruhig sein, vorausgesetzt, daß Sie ihr fern bleiben und daß Sie alles vermeiden, was Argwohn und Zweifel wecken und zu Enthüllungen führen könnte.“

„Sie schreiben mir, Sie fühlten sich einsam und verlassen, weshalb heirathen Sie nicht wieder? Weshalb haben Sie Ihre Farm verkauft? Sie sind noch jung und rüstig,



So wird der Reichstag wohl mit der Frage nicht beschäftigt werden. Schade drum!

Diese Angelegenheit schneidet so tief in das Fleisch des Volkes, daß dieselbe das höchste Interesse erregen und dem Volke die Augen öffnen würde, wo es seine entschiedensten Feinde zu suchen hat.

Vor allen Dingen aber muß man das Pulver trocken halten und auf den Feind achten, der in vielerlei Gewanden umherschleicht und das Volk zu bestrafen sucht.

Die Finsterniß im Deutschen Reiche ist wahrlich gegenwärtig groß genug — sie darf nicht vermehrt werden. Rufen wir deshalb mit dem größten deutschen Dichter:

„Mehr Licht!“

## Politische Uebersicht.

Zur Diätenfrage. Die „Freie Bzg.“, Organ des Herrn Eugen Richter, schreibt: „Die „Freie Zeitung“ druckt dem sozialistischen „Berliner Volksblatt“ einen Angriff gegen die freisinnige Partei nach, weil dieselbe den Diätenantrag im Reichstage nicht eingebracht habe. Zu vermuthen sei, daß Herr Eugen Richter gerade mit dieser Frage sich nicht gern beschäftigen mag — aus unverständlicher Evidenz.“ Einiges Dämmeres konnten das sozialistische „Berliner Volksblatt“ und die „Freie Zeitung“ gegen Herrn Eugen Richter nicht verbreiten. Es giebt wohl kein Mitglied der freisinnigen Partei, welches innerhalb und außerhalb der Partei für das Diätenprinzip zu jeder Zeit entschieden eingetreten ist als gerade Eugen Richter. — Das „Dumme“, welches Herr Eugen Richter in unserer Noth vermuthet, wollen wir ihm begreiflich machen. Wir wissen, daß der geehrte Herr für Zahlung der Diäten von Reichswegen immer eingetreten ist. Doch darum handelt es sich hier gar nicht. Wir deuteten schon in der betreffenden Noth, welche dem Herrn Richter so „dumm“ erscheint, deutlich genug an, daß bei dem Diätenantrag auch der fortschrittliche Diätenfonds in Frage stehe, deshalb wolle die deutschfreisinnige Partei wahrscheinlich der ganzen Diätenfrage aus dem Wege gehen. Diese unsere „dumme“ Andeutung verschweigt natürlich die „Freie Bzg.“ ihren Lesern und belügt dieselben in diesem Falle, wenigstens indirekt. Seien wir deshalb deutlicher. Die Fortschrittspartei hat einen Diätenfonds befreit, es sollen über 60 000 Mark in demselben gewesen sein. Herr Richter ist einer der Verwalter desselben gewesen; er muß also über den Verbleib der Gelder Auskunft geben können. Alle bis jetzt vom preussischen Präsidium vorklagten fortschrittlichen Abgeordneten behaupten aber, sie hätten keine Diäten aus dem Fonds bezogen und so wird es dem Parteichef der Fortschrittler unangenehm sein, wenn an ihn öffentlich die Frage gestellt wird: „Wo ist die Kasse?“ — Nun wird die „Freie Bzg.“ wieder sagen: „Etwas „Dämmeres“ konnte das „Berl. Volksblatt“ gegen Eugen Richter gar nicht verbreiten.“ — Wir glauben's gerne.

Ueber die bereits auszugswise mitgetheilte Zuckersteuernovelle werden noch folgende Mittheilungen bekannt: Die Novelle besteht aus drei Artikeln. Durch Artikel 1 werden die §§ 1 und 3 des Gesetzes vom 26. Mai 1869 über die Besteuerung des Zuckers am 1. August 1886 außer Kraft gesetzt. An deren Stelle sollen folgende Bestimmungen treten. Die Rübensteuer wird von 100 kg der zur Zuckerbereitung bestimmten rohen Rüben erhoben: für das Betriebsjahr 1. August 1886 bis 31. Juli 1887 mit 1,70 M., vom 1. August 1887 ab mit 1,80 M. Für den über die Zollgrenze ausgeführten oder in öffentlichen Niederlagen oder Privatniederlagen unter amtlichem Mitverschuß aufgenommenen Zucker wird, wenn die Menge mindestens 500 kg beträgt, eine Steuervergütung nach folgenden Sätzen für 100 kg gewährt: für Rohzucker von mindestens 90 pCt. Polarisation und für raffinirten Zucker von unter 98, aber mindestens 90 pCt. Polarisation, für die Zeit vom 1. August 1886 bis 30. September 1887 18 M.; vom 1. Oktober 1887 ab 18,20 M.; für Kandis und für Zucker in weichen, vollen, harten Broden, Blöcken, Platten oder Stangen oder in Gegenwart der Steuerbehörde zerleinert für die Zeit vom 1. August 1886 bis 31. Oktober 1887 22,20 M.; für die Zeit vom 1. November 1887 ab 22,40 M. Für allen übrigen harten Zucker sowie für allen weichen trockenen Zucker in Krystallen, Krümeln, in Reibform von mindestens 98 pCt. Polarisation vom 1. August 1886 bis 31. Oktober 1887 20,80 Mark; vom 1. November 1887 ab 21 M. Die Kreditfrist kann bis zu zwölf Monaten verlängert werden. Bei der Ausfuhr von Fabrikaten, zu deren Herstellung vergütungsfähiger inländischer Zucker verwendet worden ist, oder bei Niederlegung solcher Fabrikate in öffentlichen Niederlagen oder Privatniederlagen unter amtlichem Mitverschuß kann nach näherer Bestimmung des Bundesraths die Steuer für die in den Fabrikaten enthaltene Zuckermenge vergütet werden. Artikel 2 enthält Vorschriften, nach welchen die Fabriken über ihren gesamten Betrieb, insbesondere über die Menge und Art der verarbeiteten Zuckersstoffe und die gewonnenen Produkte, nach einem von der Steuerbehörde mitzutheilenden Muster Ein-

schreibungen zu führen, Auszüge daraus zu machen und in bestimmten Zeitabschnitten den Steuerbestellen einzureichen haben. Art. 3 ändert einige bisher in Elsass Lothringen in Kraft befindliche Bestimmungen.

Zu den Diätenprozessen wird aus Halle gemeldet, daß in dem Prozeß gegen den Reichstagsabg. Casencleuer der Vertreter des Präsidium, Justizrath Schlämann, jetzt erst, da die Frist zur Einlegung der Berufung bis Anfang Januar währt, seine Anken mit dem Ersuchen an Rechtsanwalt Bennecke in Naumburg geschickt hat, die Berufungsschrift anzufertigen. Herr Bennecke hat sich zur Annahme des Mandats bereit erklärt. Verhandlungstermin kann überhaupt, da die Einlassungsfrist gewahrt werden muß, vor Mitte Januar nicht stattfinden. Die Meldung, daß schon am 18. Dezember vor dem Berufungsgerichte Oberlandesgericht Naumburg a. S. Verhandlungstermin ansetze, war demnach unrichtig. — In dem Diätenprozeß gegen den deutsch freisinnigen Reichstagsabgeordneten Verche hat der Präsidium ebenfalls gegen das abweisende Urtheil des Landesgerichts Nordhausen Berufung eingelegt. Der Termin beim Oberlandesgericht Naumburg ist auf den 13. Februar anberaumt.

Auf dem Gebiete gewerbepolitischer Reaction ist uns Oesterreich noch über. Da die Herren Adernann und Genossen aber diesem Vorbilde mit Erfolg nachzusehen, so wird das Studium der Resultate der österrischen sogenannten Gewerbeform von 1883 ein Gegenstand aktuellen Interesses. Die „Nation“ bringt in ihren letzten Nummern ein sehr eingehendes Bild der Wirkungen jener gewerbepolitischen Begünstigung des Handwerks in Oesterreich. Alle jene Ausstellungen des Kunstgeistes, selbst die einen aneddotenhaften Charakter tragenden, die man sich früher aus alten Zeiten erzählte, treten wieder neu in die Erscheinung. Namentlich beliebt wurde die Festsetzung einer hohen Aufnahmsgebühr, welche die Genossenschaften (Zünfte) nach dem Gesetze einführen können und wohl ausnahmslos auch einführen; nicht nur, daß viel ältere Genossenschaften die Gelegenheit der Neukonstitution benutzten, die bereits früher übliche Einleitungsgebühr bedeutend zu erhöhen, fanden sich neue Genossenschaften dazu veranlaßt, für die zur Zeit der Gründung beitretenden Mitglieder recht niedrige, für alle später hinzukommenden recht ansehnliche festzusetzen. — Auf dem flachen Lande Niederösterreich — so schreibt die „Nation“ — lagen Kreuze vor, wo die Gebühr für Mitglieder der ersten Art 50 Kreuzer, der zweiten 25, ja 50 Gulden (1 Gulden ungefähr = 1,70 Mark) betragen sollte; eine Genossenschaft, in Schwaz, einem kleinen Flecken von ca. 3000 Einwohnern, wollte die Aufnahmsgebühr für die Zukunft gar auf 150 Gulden hinaufschrauben. In den Genossenschaftstatuten aus dem Gerichtsbezirk Ruffstein waren Aufnahmsgebühren für neu eintretende Mitglieder von 10, 15, 20, 25, 30, 40 und 50 Gulden festgesetzt, so daß die Innsbrucker Handels- und Gewerbelammer Anlaß nahm, sich entschieden „gegen die mehr und mehr durchbrechende Tendenz auszusprechen, den Eintritt eines Gewerbes durch unverhältnismäßig hohe Aufnahmsgebühren zu erschweren und auf diese Weise eine Einschränkung der Konkurrenz zu bewirken.“ Derartige Vorgänge sind typisch für den Segen der modernen Handwerkerleggebung.

Zum Branntwein-Monopol verlaute, daß den Regierungen von Bayern, Württemberg und Baden als Equivalent für Aufgabe des Reservatrechts in Bezug auf die Branntweinsteuerverwaltung zugesichert worden ist, daß sie an den aus der projektirten gemeinsamen Branntweinsteuer zu erwartenden Einnahmen mit den Staaten der Norddeutschen Branntweinsteuergemeinschaft gleichmäßig partizipiren sollen. Käme eine Steuereinrichtung auf dieser Grundlage zu Stande, so würde den genannten drei Bundesstaaten ein sehr bedeutender Vortheil, und zwar auf Kosten Norddeutschlands, erwachsen. In den leitenden Kreisen nimmt man an, daß eine Reform der Spiritussteuer in der beschriebenen Weise dem Reiche einen Netto-Ertrag von mindestens 20 000 000 M. bringen werde. Die im Finanzministerium aufgestellten Berechnungen variiren zwischen 200 und 250 Millionen. Da nun in Norddeutschland, abgesehen von Posen, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz, wie statistisch nachgewiesen, der Branntweinkonsum im Durchschnitt wenigstens dreimal so hoch als in Süddeutschland ist, so würden zu obiger Einnahme die zur Branntweinsteuergemeinschaft gehörigen Gebiete ca. 183 000 000 M. und Bayern, Württemberg und Baden ca. 17 000 000 M. beitragen. An dem Gesamt-ertrag — gleichgültig, ob derselbe unter die Bundesstaaten bar vertheilt, oder zur Bestreitung von Reichsausgaben verwendet wird, welche andernfalls durch Matricularbeiträge zu decken wären — würden diese drei Staaten dagegen, wenn ihnen ein verhältnismäßig eben so hoher Antheil wie den übrigen Staaten zugesprochen wird, nach Maßgabe ihrer etwa 9 300 000 Köpfe beziehungsweise Bevölkerung mit ca. 39 500 000 M. partizipiren, d. h. es würde Süddeutschland auf Kosten Norddeutschlands ein Geschenk von jährlich 22 500 000 M. gemacht werden.

Afrikanisches. Aus London wird der „Köln. Bzg.“ geschrieben: Aus einem mir vorliegenden Briefe des bekannten

„Afrika-Reisenden“ August Einwald geht hervor, daß er im Zululande an einer sehr günstigen Stelle ein ausgedehntes Goldfeld auffand und sich deshalb sofort zur Rückkehr nach Deutschland entschloß, um das nöthige Personal und die neuesten Maschinen zur Ausbeutung dieser Goldminen herbeizuschaffen. Er wird gegen Mitte dieses Monats in London eintreffen. Einwald hat während der letzten vier Monate die englische Zulu-Reserve, sowie die Umgebung der Lucia-Bai erforscht; letztere schildert er als ungemein prachtvoll und bedauert wiederholt, daß dieselbe für Deutschland verloren ging. Der König Donigula sandte ihm einen mächtigen Dohsen zum Geschenk, welchen er nach Europa zu schaffen gedenkt. — Hoffentlich wird der Herr Einwald glücklich mit dem Dohsen sein Ziel erreichen. Ob er indeß hier Dumme genug vorfinden wird, welche bereit sind, mit ihm in die „Goldfelder“ zu ziehen, ist sehr zu bezweifeln. Wenigleich der mitgebrachte Dohse den Beweis liefert, daß im Zululande gute Dohsen sind, so ist damit noch keineswegs das Vorhandensein von Goldfeldern erwiesen. Um letztere handelt es sich aber, Dohsen giebt es auch in Deutschland die schwere Menge.

Ueber die neueste deutsche „Erwerbung“ in Süd-Afrika theilt die „Eibers. Bzg.“ folgendes mit: Nachdem im April d. J. Kapitän Hermanns von Wal, das Haupt von Rehoboth, und der Häuptling des rothen Volkes in Quachana, deren Gebiete östlich und nördlich von der Walvischbai liegen, auf ihren Antrag unter deutschen Schutz gestellt worden sind, hat nun auch der Herrscher des Hinterlandes von Angra Bequena, Rama Herero, wie eine Depesche des Generalkonsuls Dr. Bieber in Kapstadt meldet, um die deutsche Schutzherrschaft gebeten. Er war lange Zeit sehr starken antideutschen Einflüssen ausgesetzt und man erinnert sich, daß weder Dr. Göpfer (im Auftrage von Lüderig) noch Dr. Beschuel Wische, welche voriges Jahr ziemlich gleichzeitig bei ihm eintrafen, etwas ausgerichtet konnten. Auf Grund des deutsch-englischen Abkommens ist Rama Herero davon verständigt worden, daß England nicht beabsichtigt, sein Protektorat über das Gebiet der Walvischbai hinaus zu erweitern. Er hatte ferner durch Missionare Nachricht davon erhalten, daß jetzt ein Vertreter des deutschen Kaisers in Angra Bequena sei, dem er Vertrauen schenken könne. Von der südafrikanischen Gesellschaft ist ihm ein goldener Thronstuhl zum Geschenk gemacht worden. — Die „Germania“ meint dazu: „Das „Gold“ an dem Thronstuhl wird wohl nicht sehr eitel sein, aber doch wohl gar zu sehr hinter dem Werthe des Landes zurückbleiben, das eben so müßig und öde ist, wie „Lüderig-Land“, für dessen Reichthümer sich jetzt selbst in der „Köln. Bzg.“ keine Stimme mehr erhebt.“ — Wir glauben auch! Es ist eben nicht alles Gold, was glänzt.

Der Entwurf des Gesetzes über den Bau des Nordostsee-Kanals, welcher jetzt dem Reichstage vorliegt, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Es wird ein für die Benutzung durch die deutsche Kriegsmarine geeigneter Seeschiffahrtskanal von der Elbmündung über Rendsburg nach der Kieler Bucht unter der Voraussetzung hergestellt, daß Breiten zu den auf 156 000 000 Mark veranschlagten Gesamtherstellungskosten desselben den Betrag von 50 000 000 M. im Voraus gewährt.

§ 2. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Mittel zur Deckung der vom Reich zu bestreitenden Kosten bis zum Betrage von 106 Millionen Mark im Wege des Kredits zu beschaffen und zu diesem Zweck eine verzinsliche, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juni 1868 zu verwaltende Anleihe aufzunehmen und Schatzanweisungen auszugeben. Die Bestimmungen in den §§ 2 bis 5 des Gesetzes vom 27. Januar 1875, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für die Zwecke der Marine- und Telegraphenverwaltung finden auch auf die nach dem gegenwärtigen Gesetz aufzunehmende Anleihe und auszugebenden Schatzanweisungen Anwendung.

§ 3. Von den nicht zur kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe nach einem vom Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrath festzustellenden Tarif zu entrichten.

§ 4. Die vom Reich auf Grund dieses Gesetzes alljährlich zu verwendenden Beträge sind in den Reichshaushaltsetat des betreffenden Jahres aufzunehmen.

Die Kosten vertheilen sich folgendermaßen: Grunderwerb und Anlagen-Entschädigungen 9 300 000 M., Erd- und Baggenarbeiten 70 900 000 M., Befestigung der Ufer und Böschungen und Bezeichnung des Fahrwasser in den Seen 7 200 000 M., Hafens- und Kai-Anlagen, Schleusen, Stiele etc. 36 250 000 M., Brücken und Fährden 6 700 000 M., Militaria 1 000 000 M., Gebäude 1 300 000 M., Betriebseinrichtungen und Maschinen-Anlagen 2 250 000 M., Insgesamt 20 500 000 M., Gesamtsumme 156 Millionen Mark.

Aus München wird dem „Börs.-Cour.“ unterm 11. Dezember geschrieben: In der heutigen Kammer Sitzung theilte Abg. Josef Weiger (ultram. Reichstags-Mitglied für Weibheim) mit, daß trotz zeitlicher Ausschließigkeit, das Centrum im Vereine mit den linksliberalen Parteien im Reichstage einen Antrag auf Beilegung des § 69 der Strafprozess-Ordnung, soweit dieser Paragraph auf Redakteure wegen

Sie stehen im besten, kräftigsten Mannesalter, gründen Sie zum zweiten Male den eigenen Herd, und wenn Sie eine gute Wahl treffen, werden Sie sich bald wieder zufrieden und glücklich fühlen.

„Es hilft Ihnen nichts, mit der Vergangenheit müssen Sie völlig brechen, Sie müssen vergessen, was hinter Ihnen liegt und muthig in die Zukunft schauen.“

„Denken Sie an Ihr Kind, Halm, und seien Sie vernünftig!“

„Es wäre Thorheit, wenn Sie glauben wollten, daß Sie für Ihre Enthüllungen eine Belohnung von der Generalin beanspruchen dürften, die streng rechtlich denkende Frau würde voraussichtlich der Behörde Anzeige machen, und was dadurch gewonnen oder verloren wäre, werden Sie selbst wissen.“

„Ich schließe mit der sicheren Hoffnung, bald bessere Nachrichten von Ihnen zu erhalten. Rabe.“

Siegfried legte den Brief hin und schüttelte den Kopf. Er war nicht klüger als zuvor, aber er verkannte auch nicht, daß dieser Brief in seiner Hand eine Waffe war, mit der er möglicher Weise den Gefangenen zu einem Gehändniß nöthigen konnte.

Hatte Halm ihm nicht gesagt, er stehe allein, er besitze weder Frau noch Kinder? Und doch ging aus diesem Briefe hervor, daß er damals ein Kind in Europa zurückgelassen hatte.

Rabe hatte die Sorge für dieses Kindes Gedeihen übernommen unter der Bedingung, daß der Ausgewanderte nie zurückkehrte.

Darin lag nichts Auffallendes; aber weshalb verleugnete der Angeklagte sein Kind? Und was hatte die Generalin damit zu schaffen? Daß sie von dem Geheimniß keine Ahnung hatte, ging ebenfalls aus dem Briefe hervor; aber es war möglich, daß in der letzten Zeit eine, wenn auch nur theilweise Enthüllung stattgefunden hatte, der plötzliche Bruch der Generalin mit ihrem Bruder deutete darauf hin.

Siegfried blieb lange in Nachdenken versunken, er hatte in den Papieren mehr zu finden erwartet, was er fand, be-

friedigte ihn nicht, die Fragen, die er aufwarf, blieben noch immer unbeantwortet.

Zu einem Verhör des Gefangenen war es heute schon schon zu spät, überdies mußte die Fragestellung vorher reiflich überlegt werden.

Sollte er der Generalin den Brief vorlegen und sie bitten, ihre Meinung darüber zu äußern?

Auch das verwarf Siegfried nach kurzem Ueberlegen, es sprach zu viel dagegen. Weshalb sollte er Frau von Studmann, die ihm wahrscheinlich den gewünschten Aufschluß doch nicht geben konnte, unnöthiger Weise beunruhigen?

Es war überhaupt besser, wenn sie von dem Verdacht, der immer stärker gegen ihren Bruder sich richtete, gar nichts erfuhr, man konnte später sie immer noch früh genug darauf vorbereiten.

So weit war der Affessor in seinem Gedankengange gekommen, als derselbe durch den Eintritt des Polizeipräsidenten unterbrochen wurde.

Siegfried erhob sich überrascht, um den Präsidenten zu empfangen, er bot ihm einen Stuhl an und hieferte erwartungsvoll den Blick auf ihn, unwillkürlich erinnerte er sich dabei der Mittheilung, die sein Vater ihm über das Projekt dieses Herrn in Bezug auf Ella und Loffow gemacht hatte.

Sie erinnern sich noch, daß Sie vor einigen Tagen bei mir waren?“ nahm der Präsident das Wort. „Es ist inzwischen so manches neue Verbrechen vor Ihr Forum gebracht worden.“

„Die Angelegenheit, die mich zu Ihnen führte, beschäftigt mich gerade in diesem Augenblicke,“ unterbrach Siegfried ihn.

„Haben Sie eine wichtige Entdeckung gemacht?“ „Ich habe das Gepäck des verhafteten Amerikaners untersucht und nur diesen Brief gefunden. Sie können ihn lesen, er enthält nichts, woraus ich ein Geheimniß machen müßte.“

Der Präsident nahm den Brief und las ihn sehr aufmerksam, dann faltete er ihn wieder zusammen.

„Daraus läßt sich nicht viel entnehmen,“ sagte er, „der

Brief liefert nur den Beweis, daß ein gefährliches Geheimniß zwischen den Beiden existirt. Ich habe dafür noch andere Beweise erhalten. Rabe steht mit einem Schließer des Gefängnisses in Verbindung, der Zweck dieser Verbindung ist leicht zu errathen.“

Siegfried blickte betroffen auf.

„Befreiung des Gefangenen?“ fragte er.

„Wahrscheinlich!“

„So muß der Schließer seines Amtes entsetzt und verhaftet werden.“

„Das wäre eine Uebereilung,“ sagte der Präsident lächelnd, „dem Beamten kann bis jetzt noch nichts bewiesen werden; übrigens dürfen Sie überzeugt sein, daß alle Maßregeln getroffen sind, den Mann streng zu überwachen.“

„Wenn keine Beweise vorliegen, dann zerfällt die Behauptung, daß er mit Rabe in Verbindung stehe, in nichts,“ erwiderte Siegfried kopfschüttelnd.

„Erlauben Sie, Herr Affessor, Rabe hat den Schließer mehrmals in seiner Wohnung besucht, es war dabei früher Wärterin gewesen ist.“

„Ich erinnere mich, sie war damals Wärterin bei der Generalin v. Studmann.“

„Ganz recht, und seit jener Zeit bezieht sie von der Generalin ein Jahresgehalt von vierhundert Thalern.“

„Von meiner Lante?“ fragte Siegfried überrascht.

„Jawohl, vielleicht steht das auch mit jenem Geheimniß in Verbindung. Es muß ja auffallen, daß eine Wärterin, deren Dienste man vielleicht nur ein halbes Jahr beansprucht hat, eine so hohe Pension erhält.“

„Und der Mann dieser Wärterin steht ebenfalls mit dem Schließer in Verbindung?“

„Darin würde ich nichts Verdächtiges finden, denn die Frau des Schließers ist seine Schwester. Daß aber Rabe mit diesen Beiden zusammenkommt, muß begründeter Verdacht sein,“ erwiderte er dem Inspektor des Gefängnisses, „richtig, und eine Untersuchung des Gefangenen, mit



Zeugnis, Verweigerung Anwendung haben kann, vorbereite.

### Frankreich.

Der Arbeiter-Abgeordnete Camelinat interpellirte in der Kammer wegen der großen öffentlichen Arbeiten in Paris, deren rasche Ausführung er im Interesse der Arbeiter wünscht. Die betreffenden Minister versprachen, in dieser Hinsicht Alles zu thun, was möglich sei. — Der Abg. Ballu brachte einen Antrag auf Gleichstellung der Offiziere des Landesheeres mit dem Marineoffizier hinsichtlich der Verantwortlichkeit im Kommando ein, für welchen Antrag mit 308 gegen 208 Stimmen die Dringlichkeit beschlossen wurde. — Die Longling-Kommission wählte zum Berichterstatter den Abg. Pelletan, demselben wird ein Votum der verlangten Longlingkredite für sechs Monate empfohlen unter der Bedingung, daß sie nicht zur Verlängerung der Okkupation benutzt werden. Zum Berichterstatter über Madagaskar wurde Hubbard (radikal) ernannt. Hubbard verwirft die Kredite für Madagaskar und bewilligt nur eine Subsidie für die Dauer der Unterhandlungen mit den Homas. — Die Regierung wird jede Beschränkung der Kredite, sowie jeden Antrag auf Räumung von Longling ablehnen. — Die zur Vorbereitung des Antrags auf weitere Erhöhung der Getreide- und Viehzölle eingesetzte Kommission besteht zur Hälfte aus Anhängern, zur Hälfte aus Gegnern desselben.

### Spanien.

In den baskischen Provinzen, dem eigentlichen Herde der karlistischen Agitation, scheint Alles bereits zu einem Aufstand vorbereitet zu sein. Der Redakteur eines in San Sebastian erscheinenden Blattes konstatiert dies mit dem Hinzufügen, daß die französischen Merikalen in den Grenzdepartementen ihre Hilfe dazu bieten. Sie haben Geld ausgegeben zur Anschaffung von Waffen und fordern zu weiteren Sammlungen auf. Auch soll den Karlisten zur Bekämpfung der Kosten eines Krieges in einem Dankhause nahe der spanischen Grenze die bedeutende Summe von zweiundzwanzig (?) Millionen Franken zur Verfügung stehen, die durch Geschenke der französischen Legation und Sammlungen der geistlichen Gesellschaften und Orden aufgebracht wurde. Um die Opferwilligkeit der französischen Karlisten zu verstehen, wird die Mitteilung genügen, daß eine Karlistin in Bayonne und Umgebung veranstalteten Sammlungen 400 000 Franken eingebracht haben soll. Ein öffentliches Geheimnis ist es, daß für diese Gelder Waffen gekauft, die dann über unsere bergigen Grenzen geschafft werden. Um dieses Treiben so viel als möglich zu verhindern, sind mehrere Kompagnien eines in San Sebastian liegenden Regiments als Streifwache an die Grenze geschickt worden.

### Großbritannien.

Die Zahl der rückfälligen Verbrecher in England bildet fast die schlimmste Seite der dortigen Kriminalität. Unter je 100 Verurtheilten fanden sich daselbst rückfällige:

im Durchschn. d. Jahre:	30,49 Prozent
1857—61	30,49
1862—66	31,54
1867—71	34,54
1872—76	38,04
1877	39,16
1878	40,00

Diese rapide Zunahme findet ihre einfache Erklärung darin, daß England das industriell entwickelteste Land ist, in dem alle Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise, Massenarmuth, Misere, chronische und akute Krisen, furchtbarer Nothstand, Arbeitslosigkeit, konstant wachsende industrielle Reservearmee u. s. w. am schärfsten zum Ausdruck kommen. Hier unter dem Druck der Entbehrungen, hier, wo die Möglichkeit ehelichen Erwerbs sich täglich vermindert, wird der Zwang zum geschwundenen Verhalten am unabwehrlichsten sein. Exekutiv vom Hunger wird der eben entlassene Verbrecher rückfällig. Und diese Zunahme der Rückfälligen ist auch ein Beweis dafür, daß in England der Kapitalismus seinen Höhepunkt erreicht hat.

### Parlamentarisches.

Die Kommission für den polnischen Sprachenantrag lehnte mit 7 gegen 5 Stimmen den beantragten Zusatz zu § 186 des Gerichtsverfassungsgesetzes: „In den der Krone Preußen seit dem Jahre 1772 zugefallenen polnischen Landestheilen ist die polnische Sprache neben der deutschen gleichberechtigt.“ ab.

Die Verurteilungskommission hat die erste Verhandlung beendet und die §§. 270 und 280 der Strafprozessordnung dem Antrage gemäß gestrichen.

### Lokales.

Die von den jüngeren Berliner Aerzten gefürchteten Sanitätswachen sind in jüngster Zeit vielfach der Gegenstand von Vorträgen in den ärztlichen Bezirksvereinen

der Zelle desselben, war die natürliche, dringend gebotene Folge.

„Und dabei wurde nichts gefunden?“  
„Nur eine Photographie der Generalin von Studmann,“ erwiderte der Präsident. „Der Gefangene behauptet, er habe sie früher schon gesehen, indeß ist das kaum glaublich.“

„Seltsam!“ sagte Siegfried mit wachsendem Erstaunen. „Welches Interesse kann diese Photographie für ihn haben?“

„Das mögen die Götter wissen!“  
„Vielleicht hat eine Aehnlichkeit Sie getäuscht!“

„Das wäre nicht wohl möglich; die Photographie enthält zwei Porträts, das der Generalin und das ihrer Tochter, beide sind vorzüglich getroffen.“

„Daraus werde ich nicht klug,“ erwiderte Siegfried. „Das Bild in seinem Besitz geblieben?“

„Er hat darum und es lag keine Veranlassung vor, die Erfüllung dieser Bitte zu verweigern.“

„Ueber die Pläne Rabe's hat man also gar nichts erfahren?“

„Nein.“

„Ist der Schließer verhört worden?“

„Auch das nicht, ich sagte Ihnen ja, daß es rathsam sei, jede Uebereilung zu vermeiden. Zwischen Siebel und seiner Frau soll kein gutes Einvernehmen herrschen, der Mann hat vor Jahren sein Weib verlassen und ist jetzt plötzlich heimgekehrt; daß er hier keinen freundlichen Empfang fand, läßt sich begreifen.“

„Dann läßt sich kaum annehmen, daß er mit Rabe verhandelt sein soll,“ sagte Siegfried nachdenklich.

„Es scheint doch, daß dies der Fall ist.“

„Vielleicht könnte man ihn als Werkzeug benutzen.“

Schwerlich, er würde dadurch sich in die Nothwendigkeit versetzt sehen, seinen Schwager verderben zu müssen.“

„Haben Sie über diesen Schließer Erkundigungen eingezogen?“

„Die Auskunft, die ich über ihn erhielt, lautet be-

trübend. Eine größere Anzahl von Aerzten ist der Ansicht, daß die Sanitätswachen überflüssig seien und versuchen die ärztlichen Bezirksvereine zu einer Petition an die Stadtverordneten-Versammlung zu veranlassen, in welcher gegen die Uebernahme der Sanitätswachen Einspruch erhoben wird. Von denjenigen Aerzten-Vereinen, in welchen die Angelegenheit bisher zur Sprache gekommen ist, hat sich derjenige vom Wedding- Stadttheil durchaus für die Uebernahme der Wachen durch die Stadt ausgesprochen. Die Herren Aerzte dürfen bei dieser Gelegenheit nicht vergessen, daß der Hauptgrund zur Errichtung von Sanitätswachen der war, daß häufig ärmere Leute bei plötzlichen Erkrankungen zu dem ersten besten in der Nähe wohnenden Arzte liefen und denselben herausklingelten. Der Arzt öffnete sein Fenster und fragte zuerst, ob die Betreffenden auch im Stande wären, zu bezahlen. Konnten dies die Leute im Augenblick nicht, so schloß der Arzt sein Fenster und legte sich wieder zu Bett, während die armen Leute auf der Straße vergebens darauf warteten, daß der Arzt mitkomme. Die früher in den Sanitätswachen geführte Statistik, bei welcher Aerzten das die Wache in Anspruch nehmende Publikum vorher vergewahrt worden, beweist zur Genüge, wie wenig Aerzte es giebt, welche in der Nacht wirklich Hilfe leisten. So wohnt z. B. im Mittelpunkt der Stadt ein noch junger Arzt, dessen Haus von einem Privatwächter geschlossen wird. Dieser edle Herr hat seinen Wächter instruirte, nur solche Leute, welche ihn während der Nacht holen wollen, Klingeln zu lassen, wenn sie anständig gekleidet geben und nicht den Eindruck armer Leute machen. Diesem Herrn passirte es einmal, daß er von einem reichen Fabrikanten gerufen wurde, der in der Eile im Schlafrock weggelaufen war. Anfangs wollte der Herr Doktor nicht mitgehen, weil er glaubte, daß es ein Unbemittelter sei, als aber der Fabrikant, der dies wohl merkte, ein Zwanzigmarsstück dem Arzt hinlegte, ging er sofort mit ihm. Es sind daher, was nicht oft genug wiederholt werden kann, die Sanitätswachen, in denen ein Arzt und ein Heilgehilfe während der Nacht anwesend sind, die wichtigsten Institute, welche eine Stadt wie Berlin haben muß.

Parterre vom Himmel. Der Berliner ist weit über die Grenzen seiner Vaterstadt hinaus berühmt und gefürchtet seines, wenn auch gemäßigten, doch stets den Nagel auf den Kopf treffenden Witzes wegen. Mit seltener Gewandtheit weiß er das Komische einer Situation sofort zu erfassen und die beißende Satyre durch Humor derartig zu überdecken, daß die verabreichte Pille fast ganz ihren bitteren Beigeschmack verliert. Mit unverwundlichem Humor setzt sich der Berliner über die fatalsten Situationen hinweg und so hat er auch die obige Bezeichnung, wie sie charakteristischer kaum gedacht werden kann, erfunden für jene Lokaltitäten, welche die himmelanstrebenden Wohnhäuser als oberstes Stockwerk jieren, in welchen ihr armseliges Dasein zu fristen die Spekulationswuth der Bauunternehmer einer ganzen Menschenklasse gültig Gelegenheit gegeben hat. Wenn auch, von optimistischen Standpunkte aus betrachtet, diese Wohnräume einen gewissen Vorzug haben vor den übrigen, tiefer gelegenen, indem sie, der Sonne und dem Himmel bedeutend näher gerückt, erhaben über den alltäglichen Dunstkreis, der so notwendigen Lebensbedürfnisse, Licht und Luft, in erhöhtem Maße theilhaftig werden, so werden doch diese eingebildeten Vortheile gänzlich in den Hintergrund gedrängt durch die Uebelstände, die sich nothwendiger Weise aus dieser abnormen Lage ergeben. Um aus der reichen Fülle dieser nur einen herauszugreifen, weisen wir auf die zwingende Nothwendigkeit des Verkehrs der Bewohner dieser Räume mit der übrigen Welt hin und in welcher Weise diese Verbindung bewerkstelligt wird. Ist es schon an und für sich ein großes Opfer, aus der vierten oder fünften Etage hinauf und in dieselbe wieder hinauf zu steigen und für Erwachsene selbst, wenn sie diesen Weg tagtäglich des Oefteren zu machen haben, ein schweres Stück Arbeit, so ist ein solcher Auf- und Abstieg für Kinder geradezu gefährlich. Diejenigen Menschen, welche das zweifelhafteste Glück genießen, so hoch erhaben über Anderen ihr irdisches Dasein zu fristen, sind ausnahmslos mit Glücksgütern wenig gesegnet, desto reichlicher aber ward ihnen in den meisten Fällen ein Kinderlegen zu Theil. Der Mann muß hinaus in's feindliche Leben, muß wirken und streben, erringen, erraffen, um den Lebensunterhalt für die Familie herbeizuschaffen. Er verläßt frühzeitig sein Heim und kehrt, sofern ihm dies möglich ist, erst Mittags wieder, um seine lärgliche Mahlzeit einzunehmen und eilt wieder von dannen. Die schulpflichtigen Kinder verlassen auch die Wohnung und das Haus und so bleibt die Frau allein mit den Jüngsten daheim, um für das leibliche Wohl Aller, Groß wie Klein, zu sorgen. Dazu ist aber ihre verdienstliche Thätigkeit mit erforderlich; neben der Erfüllung ihrer häuslichen Pflichten arbeitet sie für Geld und diese Thätigkeit nimmt den größten Theil ihrer Zeit in Anspruch. Die Zeit verfliehet, die Mittagszeit rückt heran. Ist das zu bereitende Mahl auch noch so frugal, einige Huthaten sind doch erforderlich, die besorgt werden müssen. Was soll die Frau, die Mutter thun? Soll sie selber gehen, die Kleinen undenaufsichtigt in der Wohnung zurücklassen und obendrein noch lothbare Zeit versäumen, wodurch ihr schmaler Verdienst

friedigend, er hat bisher sein Amt gewissenhaft verwaltet, und der Inspektor meint, nur die äußerste Noth könne ihn zu einer Pflichtverletzung verleiten haben.“  
„So wäre möglicher Weise auch dieser Mann für unsere Zwecke zu gewinnen. Bitte, Herr Präsident, setzen Sie Ihre Beobachtungen fort, ich werde die Weiden gelegentlich als Zeugen vorladen und ihnen alsdann auf den Zahn fühlen.“  
„Ich bin noch nicht fertig mit meinen Entdeckungen,“ erwiderte der Präsident. „Vor einigen Tagen hat Rabe bei einem hiesigen Bankhause für zwanzigtausend Thaler Staats-Schuldscheine verkauft.“  
„Verkauft?“ fragte Siegfried befürtzt. „Sollte die Generalin ihn dazu beauftragt haben?“  
„Möglich wäre das, aber es ist nicht wahrscheinlich. Zu welchem Zweck sollte sie diese bedeutende Summe benutzt haben? Die Vermuthung, daß Rabe dieses Geld für sich verwandt hat oder noch verwenden will, liegt näher.“  
„Zwanzigtausend Thaler? Woher mag er die Papiere bekommen haben? Sollten es seine Ersparnisse?“  
„Bitte recht sehr, bei einem Hazardspieler suche ich keine Ersparnisse! Rabe hat niemals eigenes Vermögen besessen, er stand als Verwalter in den Diensten seiner Schwester, und in neunzehn Jahren erspart ein Verwalter für seine Person allein keine zwanzigtausend Thaler, zumal wenn er dabei das flotte Leben eines genußsüchtigen Kavalliers führt.“  
„Oh, dann hat er die Papiere gestohlen!“  
„Kann sein, aber wie wäre es zu beweisen? Hat er sie auf unredlichem Wege erworben, so ist seine Schwester voraussichtlich die Bestohlene, und die Generalin wird gegen ihren Bruder keine Anklage erheben.“  
„Das läßt sich allerdings nicht erwarten,“ erwiderte Siegfried, „aber dieses neue Verbrechen beweist die dringende Nothwendigkeit, den Mann unschädlich zu machen.“  
„Ich glaube nicht, daß für die Generalin jetzt noch eine Gefahr vorliegt. Seitdem Ihr Herr Vater in dem Schlosse wohnt, hat Rabe in einem hiesigen Hotel eine

Wohnung bezogen, er wird wohl nicht wagen, die Schwelle des Schlosses wieder zu überschreiten, über den Empfang, der ihm von Seiten Ihres Herrn Vaters bevorsteht, kann er ja nicht zweifelhaft sein.“

„Und womit beschäftigt er sich jetzt?“ fragte Siegfried.  
Der Polizeipräsident zog die Brauen leicht zusammen, ein dunkler Schatten glitt über seine Stirne.

„Er reitet häufig nach Lössow hinüber,“ erwiderte er in einem Tone, der seinen Kerger deutlich durchblicken ließ, „im Uebrigen lebt er sorglos in den Tag hinein. Er hofft jedenfalls mit Zuversicht darauf, daß er binnen Kurzem Herr auf Lössow sein wird.“

„So nahe ist die Erfüllung dieser Hoffnung doch nicht,“ sagte Siegfried achselzuckend. „Er ahnt vielleicht selbst nicht, wie drohend die Wolken sich über ihm schon zusammenziehen. So sehr gerne ich auch die Familie von Lössow warnen möchte, halte ich das doch für zu bedenklich. Fräulein von Lössow könnte durch diese Warnung sich veranlaßt sehen, die Partei Rabe's zu ergreifen. Sie wissen nicht, zu welchem Zweck Rabe das Geld verwendet hat?“

„Nein; ich habe nur erfahren, daß er einem gewissen von Barnelow eine namhafte Summe schuldet.“

„Wahrscheinlich eine Spielschuld?“

„Zawohl. Barnelow ist mir längst als Hazardspieler bekannt, und Rabe soll mit ihm sehr befreundet sein.“

„Daraus lassen sich ziemlich sichere Schlussfolgerungen ziehen,“ nickte Siegfried.

„Ich habe auch den Kammerdiener beobachten lassen,“ fuhr der Präsident nach einer kurzen Pause fort. „Der Mann ist noch in den Diensten Rabe's, aber er sieht bereits mit einem Gastwirth in Verbindung, dessen Restauration er übernehmen will. Zehntausend Thaler will er sofort baar anzahlen, der Rest der Kaufsumme soll dem Verkäufer hypothetisch gesichert bleiben. Sobald der Handel abgeschlossen ist, will er die Zofe der Frau Generalin heirathen, damit auch eine Wirthin in's Haus kommt.“

„Zehntausend Thaler?“ wiederholte Siegfried erstaunt.

„Hat er selbst das gesagt?“

„Zawohl.“

(Fortsetzung folgt.)

noch geschmälet wird? Das geht nicht und so greift sie mit blutendem Herzen zu dem einzigen Hilfsmittel, was ihr bleibt, sie schiebt ihre Kinder, ihre „kleinen“ Kinder, „einholen“. Mit Flaschen, Gläsern, Töpfen oder Geschirr aus gerüstet, treten diese ihren Abstieg an. Muß ein liebendes Mutterherz nicht vor Angst erbeben bei dem Gedanken an die vielerlei Gefahren, welche die Lieblinge auf ihrer Wanderung unsicherbar umschweben? Ein Blick durch die Sprossen des Treppengeländers kann sie hinabstürzen in die unendliche Tiefe, ein Fehltritt kann sie verlegen, zerstückeln. Und ist der Abstieg aus der unendlichen Höhe glücklich gelungen, so drohen neue Gefahren unten auf der Straße. Ein Wagen kann in toller Fahrt die Kinder überfahren, erbärmliche Menschen ihnen die wenigen sauer verdienten Groschen abnehmen. Wer es nicht die Qualen eines Herzens, welche dasselbe durchmacht während der Abwesenheit ihrer Kinder? Wer erntet die Freude der Mutter, wenn sie dieselben wieder wohlbehalten bei sich sieht? Angstvoll lauscht sie auf jedes Geräusch draußen und hört sie endlich die wohlbekannten Tritte auf der Treppe, dann reißt sie die Thür auf, eilt dem theuren Lieblinge entgegen und trägt ihn in ihren Armen den letzten Treppenschritt hinauf in die „Wohnung“. Sie hat es wieder, ihr Kind, ihr liebes Kind, sie dankt im Stillen für dessen glückliche Ueberwindung aller drohenden Gefahren und denkt mit Schrecken an den Augenblick, wo es doch einmal verunglücken kann. Und den Vater bei seiner harten Arbeit quälen ähnliche Gedanken. Angstvoll eilt er heim, die Treppen hinauf. Wird er auch alle wohlbehalten wiederfinden? Und freudig verkündet sich sein Blick, wenn ihm die Sprößlinge munter entgegen springen, wenn ihm sein treues Weib liebend den Mund zum Kusse und Grusse bietet. Im Familienkreise schwinden für kurze Zeit alle Sorgen, sie erwachen erst wieder mit neuer Macht, wenn er Abschied nimmt von seinen Lieben, wenn er wieder zur Arbeit geht. — Philantropische Menschen eifern in stiller Entrüstung gegen das Schicksal von Kindern; statt tiefsten Mitleids haben sie nur Vorwürfe für jene Unglücklichen, welche ihre sarten Kinder zu solchen häuslichen Dienstleistungen benutzen müssen. Wahrlich, diese Armen thun dies nicht aus Bequemlichkeit! Auch sie lieben ihre Kinder, nicht weniger, als Andere; sie sind sich der Gefahren wohl bewußt, welchen sie dieselben aussetzen; sie würden es sicher nicht thun, wenn sie nicht durch die Noth des Lebens gezwungen wären, zu wohnen „Parterre vom Himmel“.

In Bezug auf unseren Artikel über die Gerbereien in Nr. 290 wird uns geschrieben, daß solche Anlagen innerhalb einer großen Stadt nicht allein die Luft mit ihren Ausdünstungen nicht verpesten, sondern daß dieselben als Desinfektionsanstalten anzusehen sind, indem die Luft durch dieselben von schädlichen Miasmen gereinigt wird. Es ist das keine Behauptung von gestern und heute, sondern eine feststehende Thatsache, welche durch Jahrhunderte von allen sanitären Behörden und Korporationen immer und immer wieder festgestellt worden ist und an der nicht gerüttelt werden kann; kein Gerber (selbst in der kleinsten Stadt) ist von derartigen Angriffen seitens salonsfähiger an eau de mille fleurs gewohnter Nasen bisher verschont geblieben, es fanden sich zu allen Zeiten überall Leute (meistens aber Nichtsther), welche es in Ermangelung anderer Beschäftigung es als ihre heiligste Pflicht betrachteten, denen, welche die schlechteste und schwerste Arbeit auf der Welt verrichten, den nützlichsten Mitleidern der menschlichen Gesellschaft etwas am Beuge zu stücken, ohne zu bedenken, daß sie dadurch diese kleinen durchweg sehr fleißigen Leute wirtschaftlich ruinierten.

Die städtischen Behörden von Spandau sind augenblicklich mit großen finanziellen Projekten beschäftigt und es handelt sich um die Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Mark zur Ermöglichung der Einrichtung einer ganzen Reihe nothwendiger Bauten und öffentlicher Anlagen. Unter den Projekten, die auf der Tagesordnung stehen, befindet sich noch immer die Errichtung eines Solbades. Man hofft in dieser Beziehung, daß es gelingen wird, ein Resultat in der Weise herbeizuführen, daß die Stadt Spandau nur die Kosten zur Erhaltung von Sole zu zahlen hat, während eine Aktien-Gesellschaft die Gründung des Bades übernimmt. Hierzu theilt der „A. f. d. G.“ vom Sonntag noch folgendes mit: „Gestern hielt die in der Angelegenheit des Solbadprojekts eingesetzte gemischte Kommission eine Sitzung ab. Ein Ingenieur aus Hannover hatte, durch Stellungnahme aufmerksam gemacht, sich erboten, die Bohrung nach Sole in der Stadttheile für 15 000 Mark zu übernehmen. Derselbe behauptet, die hiesigen Bodenverhältnisse zu kennen, und ist überzeugt, in der Tiefe von 100 Meter nicht nur auf Sole, sondern auch auf ein gewaltiges Salzlager zu stoßen. Er ist bereit, vorher in einem Vortrage hierorts seine Ansicht darzulegen. Es wurde beschlossen, diesen Herrn sowohl als auch einen anderen Ingenieur aus Süddeutschland, der dem Projekt skeptisch gegenübersteht, in dieser Angelegenheit gütlich zu hören, damit dieselbe von allen Seiten eingehend beleuchtet werde.“

Wohnung bezogen, er wird wohl nicht wagen, die Schwelle des Schlosses wieder zu überschreiten, über den Empfang, der ihm von Seiten Ihres Herrn Vaters bevorsteht, kann er ja nicht zweifelhaft sein.“

„Und womit beschäftigt er sich jetzt?“ fragte Siegfried.  
Der Polizeipräsident zog die Brauen leicht zusammen, ein dunkler Schatten glitt über seine Stirne.

„Er reitet häufig nach Lössow hinüber,“ erwiderte er in einem Tone, der seinen Kerger deutlich durchblicken ließ, „im Uebrigen lebt er sorglos in den Tag hinein. Er hofft jedenfalls mit Zuversicht darauf, daß er binnen Kurzem Herr auf Lössow sein wird.“

„So nahe ist die Erfüllung dieser Hoffnung doch nicht,“ sagte Siegfried achselzuckend. „Er ahnt vielleicht selbst nicht, wie drohend die Wolken sich über ihm schon zusammenziehen. So sehr gerne ich auch die Familie von Lössow warnen möchte, halte ich das doch für zu bedenklich. Fräulein von Lössow könnte durch diese Warnung sich veranlaßt sehen, die Partei Rabe's zu ergreifen. Sie wissen nicht, zu welchem Zweck Rabe das Geld verwendet hat?“

„Nein; ich habe nur erfahren, daß er einem gewissen von Barnelow eine namhafte Summe schuldet.“

„Wahrscheinlich eine Spielschuld?“

„Zawohl. Barnelow ist mir längst als Hazardspieler bekannt, und Rabe soll mit ihm sehr befreundet sein.“

„Daraus lassen sich ziemlich sichere Schlussfolgerungen ziehen,“ nickte Siegfried.

„Ich habe auch den Kammerdiener beobachten lassen,“ fuhr der Präsident nach einer kurzen Pause fort. „Der Mann ist noch in den Diensten Rabe's, aber er sieht bereits mit einem Gastwirth in Verbindung, dessen Restauration er übernehmen will. Zehntausend Thaler will er sofort baar anzahlen, der Rest der Kaufsumme soll dem Verkäufer hypothetisch gesichert bleiben. Sobald der Handel abgeschlossen ist, will er die Zofe der Frau Generalin heirathen, damit auch eine Wirthin in's Haus kommt.“

„Zehntausend Thaler?“ wiederholte Siegfried erstaunt.

„Hat er selbst das gesagt?“

„Zawohl.“

(Fortsetzung folgt.)



# Theater.

**Opernhaus.**  
Heute: Solvia. Vorher: Am Klavier.  
**Schauspielhaus.**  
Heute: Das Tagebuch. Hierauf: Der Winkelschreiber.  
**Deutsches Theater.**  
Heute: Ein Tropfen Gift.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.  
Heute: Pariser Leben.  
**Residenz-Theater.**  
Heute: Clara Soleil.  
**Wallner-Theater.**  
Heute: Drei Monat nach dato.  
**Belle-Alliance-Theater.**  
Heute: Herr und Frau Hypokratès.  
**Walhalla-Operetten-Theater.**  
Heute: Der Jagdjunker.  
**Viktoria-Theater.**  
Heute: Messalina.  
**Central-Theater.**  
Alte Jakobstraße 32. Direktion: Adolph Ernst.  
Heute: Zum 133. Male: Die wilde Rabe. Gesangsprobe in 4 Akten von W. Mannstädt, Musik von G. Steffens.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
**Louisenstädtisches Theater.**  
Direktion: Hof. Htmann.  
Heute: Der Barbier von Sevilla.  
**Ostend-Theater.**  
Heute: Theodora.  
**Theater der Reichshallen.**  
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.  
**American-Theater.**  
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.  
**Kaufmann's Varieté.**  
Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Konfordia.**  
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten und theatralische Vorstellung.

## Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.  
Dienstag, zum ersten Male:  
**Die Gefängnisse des Louvre,**  
oder:  
**Der Thurm von Nesle.**  
Drama in 5 Akten nach dem Französischen des Gaillardet.  
In Paris auf dem Théâtre de la Porte St. Martin über 250 Mal mit großartigem Erfolge gegeben.  
Vor der Vorstellung: Großes Konzert der Hauskapelle.  
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.  
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Montag haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe. 9 u. Morg. bis 10 u. Ab.  
**Kaiser-Panorama.**  
Eine Reise durch Ober-Italien. Rom - Neapel. Eine Wanderung durch d. Berner Oberland.  
Weihnachts-Ausstellung: Das Leben Jesu. Jerusalem. Hertha-Reise. - a Reise 20 Bfg., Kinder nur 10 Pf.

### Codes-Anzeige.

Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Kollege Gottlieb Reych aus Reichenbach i. Schl. am 11. Dezember in seinem 56. Lebensjahre verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Dienstag Nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause Viniensstraße 134 aus nach dem Sophienhof auf dem Gellendbrunnen statt.  
Die Arbeiter der Weichstein'schen Pianoforte-Fabrik.

### Kranken- und Begräbniskasse d. Berliner Hürtler und Bronzeure (E. H. 60).

Die Beerdigung des Mitgliedes Alb. Hesse findet am Mittwoch, den 16. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomaskirchhofes (Brig) aus statt. - Um zahlreiche Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

## Großes Weihnachtsfest,

verbunden mit Konzert, Ball, Kinderbescherung und sonstigen Vorträgen  
am 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag),  
in der Berliner Ressource, Kommandanten-Straße 57,  
veranstaltet von den Mitgliedern des

### Kranken-Unterstützungs-Bundes

der Schneider, Kürschner, Posamentiere u. s. w., wozu Freunde und Bekannte freundlichst eingeladen werden.  
Billets sind zu haben im Bureau Krausenstraße Nr. 11 (Schneiderkontrolle); Restaurant Seefeld, Grenadierstr. 33; bei den Herren Lubas, Sebastianstraße 41, 2 Tr.; Bode, Annenstraße 11, 4 Tr.; Eckelt, Fannomigbrücke 1 3 Tr., und in den mit Plakaten belegten Handlungen. Billets vorher 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Anfang Nachmittags 5 Uhr.  
Das Komitee.

### Gr. Wähler-Versammlung

am Dienstag, den 15. Dezembr., Abends 8 Uhr,  
in der  
Neuen Walhalla, Schönhauser-Allee 156.

Tages-Ordnung:  
1. Die Verkündigung des Wahlergebnisses.  
2. Rückblicke auf die Wahlbewegung.  
Sämtliche Arbeiter und Handwerker sind hiermit eingeladen.  
Das Arbeiter-Wahlkomitee.

Heute Dienstag

### Große öffentl. Versammlung

in der „Arania“, Brangelstraße 9 u. 10.  
Tages-Ordnung:  
Verkündigung des Wahlergebnisses der Stichwahl.  
S. A.: Feilgenietz.

# Ausverkauf in Kleiderstoffen

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Berliner Warb zu Hauskleidern Meter 30, 40-50 Pf.

Eine große Auswahl moderner Kleiderstoffe in vielen sehr hübschen bunten Farbenstellungen, früher 75 Pf., jetzt Meter 40 und 50 Pf. - Eine große Auswahl Winter-Cheviots, wollener kräftiger Stoff für praktische Haus- und Straßenkleider, früher 90, jetzt Meter 50 Pf. - Ein großer Posten glatter, einfarbiger Tuch-Double-Foulés, decatierte kräftige Waare, früher 1,50, jetzt Meter 75 Pf. - Eine große Auswahl sehr hübscher Kleiderstoffe, doppelt breit, früher 2 Mark, jetzt Meter 90 Pf. und 1 Mark. - Eine große Auswahl Winterstoffe mit Bordüren, doppelt breit, Meter 1,30 bis 1,50 Mark. - Doppelt breit Tuch-Lama zu Morgenkleidern, Meter 1,20 Mark, 1,50 bis 2 Mark.

Schwarze Double-Cachemirs, Meter 1, 1,25, 1,50, 1,80, 2 Mark.

## Winter-Mäntel

in sehr großer Auswahl, in jeder Art, aus sehr haltbaren Stoffen,

zu 12, 15, 18, 20, 25, 30 Mark.

### Teppiche.

Wir verkaufen große Zimmer-Teppiche für 5 Mark, große Holländer Sopha-Teppiche 6 R. 50, Germania-Sopha-Teppiche 7 R. 50 und 11 R. 50, Brüssel-Lapetrie-Teppiche 11 R. 50 Pf., Belour-, Plüsch-Teppiche 16 R. 50. Bettvorleger 1 R.

Läuferstoffe  
Meter 40, 50, 60 Pf.

### Gardinen,

schöne neue Muster, Damast-Zwirn-Gardinen Meter 40, 50 u. 60 Pf., englische Zwirn-Gardinen, Mtr. 1 R. 25 u. 1 R. 50. Eine große Auswahl abgepackter Gardinen zu bekannt billigen Preisen.

# Sielmann & Rosenberg, Kommandanten- und Lindenstr.-Ecke.

Täglich: Königsberger Fleck, à Portion 25 Pf.  
im Restaurant Skalitzerstraße 18 bei Stramm.

### Fachverein der Drechsler, Knopfarbeiter und Berufsge nossen.

Versammlung am Mittwoch, den 16. d. M., Ab. 8 Uhr, in Säger's Restaurant, Grüner Weg 29. T.-D.: Der Arbeiterausgleichsgesetzentwurf. - Um zahlreichen Besuch bittet  
Der Vorstand.

**Weihnachts-Geschenke!**  
Größte Auswahl in Photographie-Album, Cigaretten, Cigaretten- u. Briefkästen, Portemonnaies, Musik- u. Schreibmapp., Visitenkarten, Post- u. Briefmarken- u. Oblaten-Albums, Ball- u. Gesellschaftsfächer, Gesangsbücher, Schulmappen, Garderoben- u. Handtuchhalter, Schreibzeuge, Bürstenkasten, Notizbücher, Kochbücher, Kalender 1886.  
Lager von Bildern, Büchern und Jugendschriften sowie sämtlichen Schul- u. Schreibwaren, Galanterie- u. Bijouteriewaaren, Uhren, Ketten u. Damen, Broche, Ohrringe, Armbänder und Halsketten, Bilderrahmen, Lampenschirme, Ritzel- u. Reihzeuge, Uhrständer, Regensaire in Leder und Plüsch, ff. Briefpapier m. Monogr. und anderen Verzierungen, Schach, Lotto, Domino, Damendretter, Tischkasten u. s. w.  
Bei nur reeller Waare billige oder feste Preise.

**Alb. Schwarzer, Stralitzerstr. 137.**  
Anteiligung sämtl. Dinstachen f. den launig. u. neuwech. Weihnachtsfest.

### Billigste Bezugsquelle f. Gold- u. Silberwaar.

Zu Fabrikpreisen empfiehlt Kreuze, Ringe, Boutons, Broches mit Anhänger, Medaillons, Colliers, Herren- u. Damenketten nach Gewicht, Chemisett- u. Mangettenknöpfe, Granatarmud, Silberarmud, Trauringe in Dulatengold und in Silber vergoldet stets vorrätig. Werkstatt für neue Arbeiten und für Reparaturen, Gravierungen, Vergoldungen, Verbilligungen zc. Einkauf von Juwelen, Gold, Silber, Münzen und Medaillen.  
A. Oe. tel. Berlin SW., Lindenstraße 109.

### Cigarren und Tabake,

Pfeifen and Cigarren-Spitzen in größter Auswahl.  
M. Meyer,  
Koppenstraße 66, zweites Haus vom Grünen Weg.

Prinzenstraße 53.  
Winter-Paletots!!  
Herren- und Knabenanzüge sowie Damenkleider u. Mäntel im Tuchgeschäft Prinzenstr. 53, gegentl. h. Turnhalle. Theilzahlungen gestattet!  
Prinzenstraße 53.



Neue Hamburger  
**Kaffee-Lagererei**  
**F. A. Steiner,**  
Nr. 9 Dresdener-Straße Nr. 9,  
zwischen Kottbuser-Thor und Oranienplatz.  
Spezialgeschäft für Kaffee, Zucker, Thee, Chokolade, Kakao, Vanille etc.  
Den geehrten Hausfrauen als sehr vorteilhafte Einkaufsquelle empfohlen. Robe Kaffees, ca. 30 Sorten, à Pfd. von 60 Pf. an, Souchong-Thee, feinschmeckend, Pfd. von 2 R. an, Chokolade, garantiert rein Kakao und Zucker, von 1 R. an.

**Winter-Paletots.**  
Um zu räumen, werden die noch vorhandenen Paletots unter dem Selbstkostenpreise verkauft.  
Zimmer-Straße 64.

## Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

(Organ der Metallarbeiter-Fachvereine Deutschlands, der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und der Vereinigung der deutschen Schmiede.)

Zu dem am 1. Januar beginnenden neuen Quartalsabonnements laden wir hiermit ergebenst ein. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ vertritt mit Entschiedenheit den Standpunkt und die Interessen der freien Hilfsklassen und kämpft nachdrücklich für ein wirkliches Koalitionsrecht der Arbeiter, um die Organisation der Fachvereine und Gewerkschaftsverbände auf die ihr gebührende Höhe zu fördern.  
Neben aufklärenden Leitartikeln über ökonomische Fragen und Arbeiterangelegenheiten, Fachartikeln aus den verschiedenen Gebieten der Metallbranchen bringt die „Metallarbeiter-Zeitung“ zahlreiche Korrespondenzen aus allen Theilen des Reiches.

Erscheint wöchentlich einmal.  
**Preis vierteljährlich 80 Pfennig.**  
Zu beziehen durch alle Postanstalten und durch die Expedition in Nürnberg, Weigenstraße 12. Bei direktem Bezug durch die Expedition in Partien billigerer Preis.  
Zu jährlichem Abonnement ladet ein  
Redaktion und Verlag  
165

### Arbeitsmarkt.

1 Eislerlehrling w. verl. Admittalstr. 7. b. Crapp. [191]  
Formmachersgef. a. Schen-Arbeit v. Schwedterstr. 88. [196]  
Der unentgeltliche Arbeitsnachweis der Klavierarbeiter befindet sich Skalitzerstraße 18 bei Stramm.



## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung vom 14. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes von Boetticher und Kommissarius.

Die Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern wird fortgesetzt und zunächst Kap. 11, Normal-Richtungs-Kommission 39 840 M., ohne Debatte genehmigt, nachdem Referent, Abg. Sattler, den Wegfall von 6000 M. für einen Gelehrten als Direktor der Kommission, entsprechend den Erläuterungen zum Etat, motivirt hat. Der bisherige Direktor, Professor Foerster, hat selbst darauf angetragen, daß nunmehr, nach Feststellung der technischen Grundlagen des Maß- und Gewichtswesens für voraussichtlich lange Zeit, an Stelle des Gelehrten ein Verwaltungsbeamter (im Nebenamt) die Leitung der Kommission übernehme. Professor Foerster ist aber als Mitglied in die Plenarversammlung berufen worden, die aus Gelehrten und höheren Richtungsbeamten besteht und der wichtigere technische Fragen vorgelegt werden.

Es folgt Kap. 12, Gesundheits-Amt 129 790 M. (3940 M. mehr als im vorigen Jahre).

Abg. Dr. Langerhans: Seit Jahren wird die gesetzliche Regelung der obligatorischen Zeichenschau von vielen Seiten gefordert und wiederholt ist bei diesem Etat die Regierung gefragt worden, ob sie nicht endlich damit vorgehen wolle. Ihre Antwort lautete jedesmal, daß zwar nicht in derselben Session, aber doch sehr bald eine Vorlage zu erwarten sei. Regelung der Sache und zwar durch Reichsgesetz ist dringend notwendig. Es besteht zwar schon in vielen Staaten Deutschlands eine obligatorische Zeichenschau, eingeführt durch Ministerialreskripte, Polizeiverordnungen u. s. w., indes im größten Theile Deutschlands ist sie noch nicht durchweg eingeführt. Namentlich in dem größten Theile Preußens noch nicht. Bis zum Erlaß des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personstandes im Jahre 1875 galt in Preußen das Landrecht. Danach waren diejenigen, die den Personenstand zu beurkunden hatten, welche die Listen führten, verpflichtet, recht strenge Maßregeln innezuhalten; sie mußten sich von der Identität der Person, vom Tode des Verstorbenen überzeugen u. s. w. Durch das Gesetz von 1875 ist die Sache aber wesentlich geordnet. Die landrechtlichen Bestimmungen für Preußen und wahr-scheinlich auch ähnliche Bestimmungen in anderen Ländern sind durch dieses Gesetz aufgehoben. Dieses Gesetz bestimmt im § 21: „Der Standesbeamte ist verpflichtet, sich von der Richtigkeit der Anzeige, wenn er dieselbe zu bezweifeln Anlaß findet, in geeigneter Weise Ueberzeugung zu verschaffen“. Damit kann eine einigermaßen wichtige Urkunde nicht hergestellt werden. Der Standesbeamte ist nur dann, wenn er die Anzeige zu bezweifeln Anlaß findet, verpflichtet, sich Ueberzeugung zu verschaffen. Solche Anlaß findet er nicht, wenn ein bekannter, angelegener Mann über eine Mutter den Tod ihres Kindes anzeigt, er wird die Anzeige für richtig und die angezeigte Person für in der That verstorben halten, ohne sich irgendwie die Ueberzeugung davon zu verschaffen. Damit ist die Identität in keiner Weise festgestellt. Daraufhin werden dann aber Sterbeurkunden ausgestellt, die allein Gültigkeit haben, und schon dieser Umstand müßte die Reichsregierung zwingen, in dieser Beziehung Ueberzeugung zu verschaffen. Indessen ist noch eine ganze Reihe von anderen Gründen hier ausschlaggebend. Entschieden wird bei obligatorischer Zeichenschau viel leichter ein Verbrechen mit der Erde bedeckt werden. Wie oft findet dagegen jetzt die sogenannte Engelmacherei einen Vorwand, um ihr Verbrechen ruhig weiterreiben zu können. Vergessen wir doch nicht, daß die Zeichenerkennung immer mehr Sittlichkeit wird; wenn sie auch über die Sicherheit des Todes sowie darüber, durch die Beerdigung nicht ein Verbrechen verdeckt werden soll, eine Garantie durch Gesetz geschaffen werden muß. Ueberdies ist die Furcht vor dem Lebendigbegrabenwerden, vor dem Scheitern eine weit geringere. Auch die Statistik würde vieler Beziehung erst durch die Einführung einer obligatorischen Zeichenschau einigermaßen Werth bekommen. Man könnte da gegen einwenden, daß die Durchführung außerordentlich schwer sei, z. B. bei dünner Bevölkerung und sehr wenig Ärzten eine Zeichenschau rito artis auszuführen. Aber in vielen anderen Ländern ist es überhaupt nicht möglich, daß ein Arzt bei dem Zeichenschauamt dabei ist; in der That ist er auch dazu nicht unbedingt nötig, und man kann sehr leicht Heilgehilfen oder andere geübte Leute dazu anleihen, die Symptome eines sicheren Todes mit Sicherheit zu erkennen. Vor allen Dingen wird dann auch, was heute immer noch zweifelhaft ist, die Identität der Person sicher durch ein Zeichenschauamt festgesetzt. Es muß also entweder ein Gesetz erlassen werden, darauf fußend, daß dieser § 21 weiter bestehen kann, oder er muß in dem Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes geändert werden.

Kommissarius Direktor Köhler: Die Schwierigkeiten, deren Herr Redner gedacht hat, sind zum Theil nicht unbegründet und der Regierung wohl bekannt, aber die daraus gezogenen Schlüsse sind unrichtig. Die Forderung eines Zeichenschaugesetzes ist bekannt schon von langer Zeit her; man hat regierungsfreudig sehr wohl darauf geachtet, auch bereits einen Regierungsentwurf ausgearbeitet, aber sich überzeugen müssen, daß die praktische Durchführung auf ganz erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde. Wir sind in Deutschland gewohnt, Maßnahmen, welche nicht durchführbar erscheinen, lieber zu unterlassen. Vor allen Dingen fehlt es an geeigneten Personen; denn wenn der Vorredner meint, es würden Heilgehilfen und gebildete Laien sehr nützlich zur Ausführung einer obligatorischen Zeichenschau gebraucht, so verweise ich ihn z. B. auf den Osten Preußens, wo nützlich geeignete Personen in einigermaßen ausreichender Anzahl wohl nicht zur Hand sein dürften. Wenn wir uns solche Personen engagiren, so würden die in den Kosten liegenden Opfer nicht im Verhältnisse zu den Vortheilen stehen, welche nur in den größeren Städten läßt sich eine solche durchführen, und in diesen finden die dahin gerichteten Bestrebungen immer mehr und mehr Anhang.

Abg. Vogens richtet an den Vertreter des Reichs-Gesundheitsamtes die Anfrage, ob die angestellten Ermittlungen über die hygienische zweckmäßigste Anlage von Friedhöfen noch nicht soweit gediehen seien, daß sie in der Reichs-Gesetzgebung allgemein verwerthet werden könnten. Jedenfalls sei der jetzige Zustand unerträglich, wo auf das bloße Gutachten einzelner Medizinalbeamten zahlreiche Gemeinden zu höchst kostspieligen Verlegungen ihrer Friedhöfe gezwungen würden. Die Befürchtungen, welche man an die Lage der Friedhöfe innerhalb der Städte von Seiten der Gesundheitspolizei vielfach geknüpft habe, seien übertrieben. Einen etwaigen Zwang zur Feuerbestattung müsse er entschieden ablehnen. Redner fragt ferner ob nach der Meinung des Ge-

sundheitsamtes ein Zweifel darüber bestehen könne, daß als Wein nur gelten kann, was als reines Gährungsprodukt aus der Traube ohne jeglichen Zusatz gewonnen wird.

Kommissarius Direktor Köhler: Ich habe mich über die vom Vorredner angeregten Fragen bereits im Januar d. J. geäußert und kann im Einzelnen nur auf meine damalige Antwort verweisen. Auf die Entschlüsse der einzelnen bundesstaatlichen Behörden in der Friedhofsanfrage steht dem Reichs-Gesundheitsamt keine direkte Einwirkung zu. Wir werden jedoch der Frage stets unsere vollste Aufmerksamkeit schenken; nur müssen wir bei der geringen Zahl der uns zu Gebote stehenden Kräfte auf eine sorgfältige Eintheilung des umfassenden Arbeitsstoffes Bedacht nehmen, und da sind zunächst noch dringlichere Dinge zu erledigen. Es ist schon angeordnet, daß baldmöglichst Versuche darüber angestellt werden, wie eigentlich der Infektionsstoff, der Träger der ansteckenden Krankheiten, sich dem Verwesungsprozeß gegenüber verhält. Es sind auch schon vereinzelt Versuche in dieser Richtung gemacht worden; doch halten wir es für angezeigt, die Ergebnisse derselben nicht eher an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, als bis ganz bestimmte Resultate vorliegen. Es wird hoffentlich gelingen, im Laufe der Zeit die Frage definitiv zu lösen. An dem guten Willen des Gesundheitsamtes braucht der Redner nicht zu zweifeln. Was die zweite Frage betrifft, so glaube ich nicht, daß der Vorredner etwa so weit geht, um alles als Wein bezeichnen zu wollen, was lediglich aus Trauben produziert wird, oder will er etwa auch den Essig als Wein bezeichnen? (Weiterkeit.) Es muß berücksichtigt werden, daß für zahlreiche Weine behufs ihrer Konser-vation gewisse Alkoholzusätze erforderlich sind, z. B. für die portugiesischen Weine. Die ausländische Gesetzgebung, von der indessen eigentlich nur Oesterreich in Betracht kommt, hat gleichfalls nicht den juristischen Standpunkt des Vorredners.

Abg. Greve: Mit dem Standpunkt des Abgeordneten Vogens in der Kirchhofsanfrage bin ich zufrieden. Auch meine Freunde verlangen lediglich die salutarische Feuerbestattung. Will uns der Abgeordnete Vogens diese gewähren, so haben wir nichts dagegen, daß er, wenn er will, sich begraben läßt. (Weiterkeit.) Die Rechtsfrage für einen technischen Hilfsarbeiter beim Reichs-Gesundheitsamt in diesem Etat hat mich gefreut. Es würde vielleicht überhaupt angebracht sein, wenn auch die Leitung des Reichs-Gesundheitsamtes einem technischen Beamten übertragen würde. Derselbe braucht ja nicht immer Hausarzt des Reichsanzlers zu sein. Wir haben für solche Posten ausgezeichnete Medizinalbeamte, die aus dem Stande der Kreisphysici hervorgegangen sind. Auch der berühmte Dr. Koch war nur Kreisphysicus. Ich muß ferner die Verze gegen den neulich von Herrn von Boetticher ihnen gemachten Vorwurf in Schutz nehmen, als ob sie die soziale Bedeutung des Krankenlastergesetzes nicht verstanden. Die Thätigkeit eines jeden einigermaßen beschäftigten Arztes in Deutschland gehört bereits zu  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{1}{4}$  der Wohlthätigkeit. Ohne die opferwillige Beihilfe der Ärzte würde überhaupt das Krankenlastergesetz nicht durchführbar sein. Ich muß zudem betonen, daß die vom deutschen Ärzteverein den Krankenlaster vorgeschlagenen Taten zu rigoros seien. Die Arbeiter wünschen eben so wenig wie andere vernünftige Menschen von dem billigsten Arzte behandelt zu sein, sondern sie wollen diejenigen Ärzte konsultiren, zu denen sie das meiste Vertrauen haben können. Bleibt man diesen Gesichtspunkt in Betracht, so sind die den Krankenlaster vorgeschlagenen Sätze nicht zu hoch.

Staatssekretär v. Boetticher: Meine Herren, ich habe den Grund nicht finden können, aus dem der Herr Vorredner eine lange Philippika gegen mich gerichtet hat wegen der Aeußerungen, die ich angeblich vorgestern und vorvorgestern gethan haben soll. Wenn es richtig wäre, wovon er ausgeht, daß ich dem gesammten ärztlichen Stande einen Vorwurf aus seinem Verhalten gegenüber der Durchführung des Krankenlastergesetzes gemacht hätte, so wäre er berechtigt gewesen, seine Ausführungen so, wie er das gethan hat, gegen mich zu richten. Das ist aber keineswegs der Fall, und wenn er die Güte haben will, den bereits vertheilten stenographischen Bericht über die Freitagssitzung und den noch in Aussicht stehenden stenographischen Bericht über die Sonnabendssitzung durchzulesen, so wird er finden, daß meine Ausführungen sich lediglich gegen diejenigen Ärzte gerichtet haben, welche die von mir besprochene Konvention eingegangen sind, beziehungsweise sich nach den Vorschriften der Konvention des deutschen Ärztetages gerichtet haben. Ich habe ausdrücklich anerkannt, daß sehr viele Ärzte in Deutschland opferwillig genug gewesen sind, mit den Krankenlaster Verträge einzugehen, welche hinter den Minimalhöhen dieser Konvention zurückblieben. Ich habe ausdrücklich hervor-gehoben, daß in einzelnen Kreisen die Vergütungsätze nach der Kopfzahl der Rassenmitglieder vereinbart sind; ich habe diese Sätze genannt, und ich verstehe nicht, wie mir der Herr Vorredner vorwerfen kann, daß ich mit meinen Bemerkungen das Gesamtverhalten der gesammten Ärzte Deutschlands getadelt hätte. Gegen einen solchen Vorwurf vermag ich mich ganz entschieden. Der Arztstand ist ein von mir durch-aus hochgeachteter; ich verstehe aber um so weniger, wie der Herr Vorredner heute das Wort zum Schutze seiner Genossen gegen mich hat ergreifen können, nachdem von sämmtlichen Parteien, die neulich zu Worte gekommen sind, das Verfahren der Ärzte, von denen ich gesprochen habe, ebenso verurtheilt ist, wie von mir. Der Fraktionsgenosse des Herrn Vorredners, der Herr Abg. Schrader, hat ausdrücklich gesagt: ich billige die Konvention keineswegs; der Herr Abg. Baumbach hat dasselbe gethan, und nun kommt der Herr Vorredner und will diese Konvention rechtfertigen, die, wie gesagt, von Personen, wie sie der Herr Abg. Freiberger v. Malsbahn neulich charakterisirt hat, nicht erwartet werden durfte. Was dann die Frage anlangt, welche der Herr Vorredner bezüglich der Besetzung der Direk-tor-stelle im Reichs-Gesundheitsamt angeregt hat, so möchte ich glauben, daß er wohl thäte, auch in dieser Beziehung weitere Erfahrungen abzuwarten. Ich habe nicht den Eindruck, und die Mitglieder des Gesundheitsrathes haben auch nicht den Eindruck, als ob das Gesundheitsamt gegenwärtig schlechter berathen sei als früher. Meine Herren, es ist sehr leicht, den Wunsch auszusprechen, daß ein Arzt an die Spitze des Gesundheitsamtes berufen werden möge, und ich gebe auch zu, daß sich dafür außerordentlich viel sagen läßt. Je mehr aber das Bestreben darauf gerichtet ist, dem Gesundheitsamt Geschäfte zuzuwenden, die nicht ausschließlich technischer Natur sind, ihm Aufträge zu ertheilen, welche die Erfahrungen der Technik und der Wissenschaft in Gesetzesparagrafen und in reglementarische Bestimmungen zu verör-pern bestimmen sind, um so mehr ist es notwendig, auch bei dem Gesundheitsamt einen administrativen Beamten, und zwar einen juristisch vorgebildeten Beamten zu haben. Kommen wir zu der Ueberzeugung, daß überwiegende Gründe dafür sprechen, an die Spitze des Gesundheitsamtes einen Techniker zu setzen, so werden wir nicht anstehen, diesen Weg zu wählen. Solche überwiegenden Gründe hat der Herr Abgeordnete bis jetzt nicht vorgebracht. Und wenn er glaubt,

daß es mir persönlich in meiner Stellung als Staatssekretär des Innern zu wünschen wäre, einen besseren technischen Rath zu haben, so kann ich ihm versichern, daß die sehr tüchtigen technischen Kräfte des Gesundheitsamtes auch zu meiner Disposition stehen, und daß sie mir den Rath, dessen ich bedarf, sehr gern gewähren. (Bravo!)

Abg. Geiser (Soz.) wünscht eine allgemeine Organisation des gesammten Gesundheitswesens für Deutschland in der Weise, daß außer dem Reichs-Gesundheitsamt auch Provinzial- und Lokalgesundheitsämter errichtet und mit umfassenden administrativen, exekutiven und Zentralbefugnissen ausgestattet würden. Auch die Errichtung hygienischer Lehrstühle, gegen die allerdings Herr Birchow sich bisher ablehnend verhalten habe, sei ins Auge zu fassen.

Abg. Reitz verlangt eine einheitliche Reichsgesetzgebung über die Bierfabrikation. Das in Deutschland bestehende Surrogatverbot müsse auch in Norddeutschland eingeführt werden. Schon jetzt verwenden von den 10 921 norddeutschen Brauereien nur noch 1923 überhaupt Surrogate. Das Surrogatverbot werde für die norddeutschen Bierfabrikanten keinen Nachtheil bringen, wohl aber den erheblichen Vortheil, daß das jetzt noch auf den norddeutschen Brauern lastende Odium, als verfertigten sie „unechte“ Biere im Gegensatz zu den süd-deutschen „echten“, verschwinden werde. Auch die ober-gährigen Biere, zu denen man bisher noch am meisten Surrogate verwende, seien sehr leicht ohne solche herstellbar. Einen Steuerausfall aus Folge des Surrogatver-botes brauche man durchaus nicht zu befürchten. Alle Bedenken in dieser Richtung seien unbegründet.

Abg. Ulrich: Eine Aenderung des Brauereigesetzes in dem Sinne, daß alle Surrogate und namentlich auch die in letzter Zeit in Gebrauch kommende Maltose verboten werden, halte auch ich für dringend wünschenswerth. In Norddeutsch-land bekommt man schon gar kein richtiges Bier, sondern Syrup, Maltosebier und dergleichen, daher auch der kolossale Export echten bairischen Bieres.

Kommissarius Direktor Köhler: Darüber, daß es wünschenswerth ist, auf diesem Gebiete vorzugehen, besteht kein ernstlicher Zweifel. Es begegnen sich aber hier verschiedene Interessen, welche ausgeglichen werden müssen. Bayern besitzt bereits spezielle Vorschriften über die Bierbereitung; es sollen ausschließlich Malz und Hopfen verwendet werden. Allen auch bei dieser anscheinend klaren Bestimmung sind Zweifel nicht ausgeblieben, zum Beispiel in Bezug auf die Verwendung der Salkpflaure. Trotzdem wir in Norddeutschland nicht so klare Vorschriften haben, so läßt doch auch das Brauereigesetz von 1872 die Verwendung von Surrogaten keineswegs ohne Weiteres zu. Nach der Entscheidung des Reichsgerichts in einem Chemnitzer und einem Altenburger Spezialfall ist nur das als Bier zu betrachten, was man in dem betreffenden Orte als Bier zu erwarren be-rechtigt ist. Wir werden nun ermitteln müssen, ob es not-hwendig ist, den bayerischen Grundsat für ganz Deutschland an-wendbar zu machen, oder wenn Modifikationen mit Rücksicht auf das Reichssteuer-gesetz notwendig sind, auch Bayern sie akzeptiren kann, ohne in seinen finanziellen Erträgen der Reichsteuer beeinträchtigt zu werden. Diese Berücksichtigung Bayerns ist sehr berechtigt, denn während die Bierproduktion des Reichssteuergebietes für 1883-84 23 399 990 Hektoliter betrug, betrug sie in Bayern 12 265 400 Hektoliter. Auch die Frage der Zulässigkeit von Maltose wird hoffentlich zu einem befriedigenden Abschluß gelangen.

Abg. Langerhans: Die Aeußerung der Regierung in der Frage der Zeichenschau ist höchst unzufrieden. Schon die fakultative Zeichenerkennung würde eine strengere Zeichenschau verlangen, um die Konstatirung von Verbrechen an ermög-lichen. In Sachsen, Meiningen, Württemberg, einem Theil von Hessen, Bremen, Baden, Nassau ist die Zeichenschau bereits obli-gatorisch eingeführt, ohne daß dabei unbedingt Ärzte hinzugezogen zu werden brauchen. Auch die Kosten sind nicht übermäßig hoch. Jedenfalls bedürfen wir einer genaueren Gesetzesbestim-mung, damit es nicht, wie bisher, dem Standesbeamten anheim-gestellt bleibt, zu entscheiden, ob eine Zeichenschau notwendig ist oder nicht.

Auf eine Anfrage Witte's erklärt Direktor Köhler, daß ein Gesetz über den Verkehr mit giftigen Farben nach Anhörung der Interessenten dem Reichstage zugehen wird.

Abg. Büchlin wünscht für die Weinfabrikation genauere gesetzliche Vorschriften. Die Rechtsunsicherheit auf diesem Ge-biete habe wesentlich zu einer Herabminderung der Konsumtion beigetragen. Als Wein müßte in einem zu erlassenden Gesetz nur dasjenige gelten, was als eine aus alkoholischer Gährung der Trauben hervorgehende Flüssigkeit anzusehen sei. Künst-licher Wein müsse geradezu verboten werden, nicht aber die Verbesserung des Weins durch Zusatz von Zucker und Wasser.

Abg. Dr. Greve dankt dem Staatssekretär v. Boetticher für die Ehrenerkennung, welche er dem deutschen Ärztestande heute gegeben. Er habe vorgestern allerdings die Empfindung gehabt, daß sich sein Vorwurf gegen alle deutschen Ärzte ge-richtet habe. Redner überreicht sodann dem Präsidenten eine von 23 000 Personen gezeichnete Petition des Berliner Feuerbestattungsvereins, betreffend Zulassung der Zeichenerkennung.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels und das Kapitel „Patentamt“.

Bei Kapitel: „Reichsversicherungsamts“ bemerkt Abg. Gamp: In der Sitzung vom 11. Dezember wurde die Frage, in welchem Verhältnisse die Kosten der Berufs-genossenschaften zu den Kosten der Privatversicherungsgesell-schaften ständen, unerwartet von der linken Seite des Hauses zur Erörterung gestellt. Ich sagte damals, daß ich mich freuen würde, wenn es gelänge, die von mir mitgetheilten Ziffern, die mir selbst exorbitant hoch schienen, als unrichtig zu erweisen. Ich bin in der angenehmen Lage, dieser Freude schon jetzt Ausdruck geben zu können. Ich habe damals durch ein meines Grachtens entschuldbares Versehen die Zahl der Versicherten mit der Zahl der Versicherungen verwechselt. Ich habe noch an demselben Tage an die Magdeburger Gesellschaft geschrieben, welche mir durch Deyse die gewünschte Auf-klärung gab, daß die Verwaltungskosten in der That nicht eine solche Höhe haben; sie belaufen sich auf 2,20 Mark pro Person. (Allo! links.) Es war das ein Mißverständnis, ich habe bloß das Komma übersehen. (Weiterkeit links.) Sie (links) sollten doch dieses Versehen nicht so schlimm beurtheilen! Hat sich doch auch der Abg. Köber neulich geirrt, indem er die Kosten einer Berufs-genossenschaft auf 250 M. angab, während es sich um ihrer drei handelte. Wenn Herr Barth gewissermaßen einen Appell an die Loyalität gerichtet hat, doch nicht solche Gesellschaften in Vergleich zu ziehen, die erst kurze Zeit bestanden haben, so hätte er diesen Appell an seine eigenen Freunde richten sollen, welche die Berufs-genossenschaften wegen ihrer hohen Kosten angegriffen haben, obwohl sie erst kurze Zeit bestehen. Ich habe übrigens keineswegs Unvoll behandelt, denn ich habe nur leistungsfähige Gesellschaften in Betracht gezogen. Die Ver-











und Kinderarbeit bekämpfen. Auch verpflichten sich die Anwesenden, den bestehenden Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen nach Kräften zu unterstützen.

**hr. Eine öffentliche Versammlung der Mäntel-näherinnen** am Freitag in der Tonhalle. Die Vorsitzende Frau Hüge verlas zunächst einen von ihr verfassten Aufruf an die Mäntel-näherinnen, in welchem der Zweck der bisherigen Versammlungen und die Nothwendigkeit einer festen Organisation der Mäntel-näherinnen behufs Herbeiführung besserer Lohnverhältnisse dargelegt sind. Zur Diskussion nahm zuerst Herr Guttman (Kaufmann) das Wort, um darzulegen, daß die Löhne der Mäntel-näherinnen vorzugsweise deshalb niedriger seien, als die der Arbeiter, weil sie geringere Bedürfnisse haben und weil Frauen, die es nicht nöthig haben, in ihrer Branche um des Erwerbes willen arbeiten und sich mit sehr geringem Verdienste begnügen. Für den zweiten Uebelstand machte er die Schneidermeister verantwortlich. Dem ersten Uebelstande könnten die Arbeiterinnen nur dadurch abhelfen, daß sie ihre Bedürfnisse steigern und sich zu festen Organisationen zusammenschließen. Frau Brandemann trat für die Beamtenfrauen ein, die, weil ihre Männer kein auskömmliches Gehalt haben, zur Erwerbsarbeit genöthigt seien. Herr Menzel (Küchenschneidmeister) wies darauf hin, daß die Mäntel-näherinnen noch mehr als andere Arbeiterinnen Ursache haben, zur Wahrung ihrer Interessen einen Fachverein zu gründen und einen von ihnen aufgestellten Lohnzettel zur Geltung zu bringen. Darauf theilte die Vorsitzende ein Schreiben mit, in welchem die Mäntel-näherinnen in der Werkstatt ohne Ofen und Löhne, bei denen trotz langer Arbeitszeit nur 6 Mark wöchentlich verdient werden. In einem zweiten Brief, der verlesen wurde, theilt eine Arbeiterin mit, daß die Firma Kron u. Bismarck in der Jägerstraße für einen mit Belg garnirten Damen-Paletot nur 1,75 Mark bezahlt. Herr Taterow schilderte die Haltung der Schneider-Innung als eine der Lohnbewegung entschieden feindlich entgegenstehende. Herr Menzel und Frau Brandemann stimmten Herrn Taterow bei. Weiter legte dann die Vorsitzende auch ein Schreiben des Fachvereins der Schneider in Gera vor, der sich veranlaßt gefunden, einen Beitrag von 8 Mark einzulisten. Dem Antrage der Vorsitzenden, für eine ihrer bekannte Arbeiterin, die krank und hilfsbedürftig ist, eine Teller-Sammlung zu veranstalten, wurde sofort Folge gegeben. Der Ertrag war 21,48 Mark. Nach einer Pause von 10 Minuten nahm der Innungsmeister Herr Wich das Wort, um den Ausführungen des Herrn Taterow entgegenzutreten. Die Innung sei entschieden gewillt, mit allen Mitteln für die Mäntel-näherinnen einzutreten. Nur mit Hilfe der Meister würden die Arbeiterinnen ihre Lage verbessern können. (Gelächter.) Er könne den Arbeiterinnen in Bezug auf inhumane Meister nur den Rath geben, für dieselben nicht zu arbeiten. Herr Taterow, Fr. Walter u. A. warnten davor, sich auf die Hilfe der Innungsmeister zu verlassen. Als die Vorsitzende sich dahin aussprach, daß man das Entgegenkommen der Innungsmeister nicht zurückweisen keinen Grund habe, und Herrn Menzel, der sich mißbilligend über das bisherige Verhalten der Innung aussprach, aufforderte, zur Sache zu sprechen, erwiderte dieser, daß eine Vorsitzende, die so sehr für die Innung Partei nehme, ihm keine geeignete Vertreterin der Lohnbewegung zu sein scheine. Die Vorsitzende appellirte wegen dieser Aeußerung an das Urtheil der Versammlung. Diese entschied sich zu Gunsten der Vorsitzenden. Darauf kam noch ein Brief zur Verlesung, in welchem eine Arbeiterin mittheilt, daß Herr Berg, Michaelisstr. 9, schlechte Löhne zahle und geäußert habe, daß er Arbeiterinnen, die zum Verein gehören, zur Thür hinauswerfen werde. Die Vorsitzende legte eine Resolution vor, in welcher die Versammelten, in Erwägung, daß die Forderung der Mäntel-näherinnen den Meistern gegenüber gerecht ist, und daß die Löhne so herabgesetzt sind, daß es den Arbeiterinnen nicht mehr möglich ist, dabei zu existiren, es für die Pflicht aller Mäntel-näherinnen erklären, sich der Organisation anzuschließen und gegen die Meister einzig zu kämpfen, bis die Forderung genehmigt ist. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

**Der Unterstützungsberein deutscher Schuhmacher** hielt am 7. Dezember Kommandantenstr. 77-79 eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Herrn Kehler über: Die Ursachen der Verschlechterung der Lage der Handwerker. 2. Die Lohnverhältnisse der Schuhmacher in Berlin. 3. Verschiedenes. — In dem der Vortragende die Anwesenden im Geiste ins Mittelalter zurückführte und die damaligen Zustände darlegte, betonte er, daß damals das Handwerk in Produktion und Konsumtion im Gleichgewicht stand und die Menschheit sich in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen zufrieden fühlte. Später, im „Kampfe um politische Macht“, als große Bewegungen und Kriege entbrannten, bildeten sich Stände und Künste und in diesem Kampfe sei die „wirtschaftliche Frage“ in den Hintergrund gedrängt worden. Bei Erläuterung der Machtbefugnisse der Künste wies Redner auf das Hannover'sche Jahrbuch von Komrad hin, eine Abhandlung von 1650-1700, welche statistisch nachweist, daß zu jener Zeit die Preise der Lebensmittel mit der Produktion nicht im Einklange sich befanden, wodurch ein „Ansporn zum Denken“ gegeben wurde. Jedoch sei eine gänzliche Umgestaltung jener oben skizzirten Zustände erst seit 1830 durch die Dampfstraft herbeigeführt worden. Durch die Maschinen „Dampf“ und „Kapital“ wurden große Verlehrsstraßen angelegt, Fabriken gebaut, kurzum Produziren und Geldverdienen galt als das Ziel alles Strebens, so daß immer größere Anpflanzungen des Kapitals stattfanden. Das Kapital sei nur als Werkzeug zu betrachten und die heutige Kapitalwirtschaft sei eine verkehrte. Konkurrenzspiel und Billigkeit sei der Grundfay der modernen Produktionsweise. Der Vortragende schloß mit den Worten: Arbeiter, sammelt Euch, zeigt wie eure Lage zu verbessern ist. Die Kunstmeister können die schlechte Lage nicht ändern. Der Anwesenden Pflicht muß es sein, als Apostel unter den Kollegen zu wirken, alsdann wird auch eine Besserung der schlechten Lage zu erwarten sein. Beim 2. Punkt der Tagesordnung wurde nach längerer Debatte von der Proklamirung von Streiks entschieden. Beim 3. Punkt der Tagesordnung erklärte Herr Pappe, daß sich der Vorstand in Betreff der Vereinsbibliothek mit Kohlers Bureau in Verbindung zu setzen beabsichtige und erhielt derselbe die Zustimmung der Mitglieder. Nach Erledigung des Tagesordnungs schloß der Vorsitzende die Versammlung um 12 Uhr.

Zwei öffentliche Versammlungen der Böttchergesellen, welche gut besucht waren, tagten am 2. und 9. Dezember in Heiles Salon, Lichtendbergerstr. 21, unter Vorsitz des Herrn Dollmann. In der ersten Versammlung wurde hauptsächlich die erfolgte Maßregelung verschiedener Vertrauensmänner besprochen und das Vorgehen der Meister scharf kritisiert. Unter anderem wurde mitgetheilt, daß der Böttchmeister Marhold den Kassirer Lehmann entlassen hat, mit den Worten: „Das haben Sie davon, warum sind Sie so flug“. Lehmann war 11 Jahre bei Marhold beschäftigt und ist verheirathet. Die Versammlung beschloß, daß, sobald in einer Werkstatt in Zukunft ein Kommissionsmitglied gemäßiget werden sollte, sofort alle dort beschäftigte Kollegen die Arbeit einstellen würden. Herr Winter betonte, daß derartige Maßregelungen, welche man zuerst bei dem Kollegen Durich verübt habe, energisch zurückgewiesen werden müssen, deshalb müsse auch der Beschluß vom 2. Dezember aufrecht erhalten werden. Die zweite Versammlung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Streik. 2. Arbeitsnachweis. 3. Verschiedenes. Herr Lehmann legte die Abrechnung vor. Es betrug die Gesamt-Einnahme Mark 7117,55, die Ausgaben Mark 6578,40, mithin verbleibt ein Kassendefizit von Mark 539,15. Zu unterstützen sind noch einige 20 Kollegen. Herr Horn

bestätigt im Namen der Revisionskommission, daß alles in Richtigkeit befunden worden sei. Der Arbeitsnachweis wird jetzt von der Kommission selbst geregelt. Der Streik der Böttcher in Dortmund dauert noch hartnäckig fort; 40 Mann arbeiten für den neuen Tarif, 75 Mann streiken noch, alle sind verheirathet, die Ledigen sind abgereist. Bis jetzt sind 450 M. nach Dortmund abgeschickt. Ein Fall, der sich in der Spritfabrik von Eisenmann zugetragen, wo ein Kollege entlassen wurde, weil er nicht am Sonntag gearbeitet hat, kam auch zur Sprache. Es wurde beschloffen, den Rechtsrat zu betreten und 14 Tage Lohnentschädigung für den Entlassenen einzulangen.

Die Lohnbewegung der Drechsler und verwandten Berufsgeoffenen Berlins gelangte in der am 10. Dezember bei Gratweil abgehaltenen Generalversammlung zum offiziellen Abschluß in diesem Jahre. In seiner Ansprache gedachte der Vorsitzende der Lohnkommission H. Sündermann der Schwierigkeiten, unter denen die diesjährige Lohnbewegung der Drechsler in's Leben gerufen wurde. Man lönte die erzielten Erfolge als erfreuliche und maßgebende betrachten, mit denen vor allem beim Wiedereintritt in die Lohnbewegung im nächsten Jahre gerechnet werden müsse. Jetzt heiße es hauptsächlich, „bei Zeiten keine Opfer bringen“ um im Falle der Noth gerüstet zu sein. Mit dem Wahnsinn, daß nur dann die erzielten Erfolge erhalten werden können, wenn sich die große Masse der Berufsgeoffenen dem „Fachverein sämmtlicher im Drechslergewerbe beschäftigten Berufsgeoffenen“ anschließt, um so Schulter an Schulter eine Phalanx zu bilden, an der jeder Versuch einer Lohnreduktion abprallt, schloß der Redner seine Ausführungen. Hierauf erklarte der Kassirer der Lohnkommission Herr Buchmann die Abrechnung vom Streikfonds. Es betragen die Einnahmen: 2356 M. 57 Pf.; die Ausgaben: 1962 M. 3 Pf.; davon sind 300 M. als Entschädigung für die Dauer von sechs Wochen gezahlt worden. Der Ueberschuß beträgt 394 M. 54 Pf. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt hatten, wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. In warmen Worten dankte darauf der Vorsitzende der Lohnkommission allen denen, welche die Lohnbewegung der Drechsler durch ihre materielle Unterstützung möglich gemacht haben, vor allem den hiesigen Gewerkschaften und Vereinen; ebenso wie diese, haben aber auch die Fachvereine der Drechsler Deutschlands gezeigt, daß auch sie am Plage sind, wenn es heißt die Solidarität der Arbeiter-Interessen hochzuhalten. Mögen deshalb, so schloß der Redner, die Drechsler und Berufsgeoffenen Berlins stets und ständig derjenigen gedenken, welche unsere Bewegung zum Siege geführt haben. Der dritte Punkt der Tagesordnung: „Wie schaffen wir uns einen Streikfonds?“ wurde nach kurzer Diskussion der Lohnkommission überwiesen, welche das Weitere vorschlagen wird.

Der Louisenstädtische Bezirksverein vorwärts hielt am 18. d. M. bei Marquardt, Alexandrinenstr. 110, eine Versammlung ab, in welcher Herr H. Guttman einen Vortrag über „die Grundidee der Entwicklungslehre“ hielt. Referent führte ungefähr folgendes an: In der Entwicklung des Menschen weise die Wissenschaft entschieden nach, daß der Mensch nicht erschaffen, sondern daß derselbe sich nach und nach aus unvollkommenen thierischen Wesen bis zu seinem jetzigen Zustande entwickelt hat. Der Begründer der Abstammungslehre war Charles Darwin. In der Entwicklung siehe von den Thieren der Affe dem Menschen am nächsten. Betrachten wir den Gang und die Art, wie ein Kind nach und nach erst sprechen lernt, so zeige sich, wie im Verlauf von Jahren der Mensch langsam sich entwickle. Ebenso giebt es lebende Geschöpfe, von denen man nicht weiß, ob dieselben Thier oder Pflanze sind, dieselben befinden sich auf dem Scheidewege zwischen Thier und Pflanze. Diese Thatsachen beweisen den Zusammenhang aller organischen Wesen. Nach den Lehren Darwins sei der Unterschied zwischen einem Ureinwohner Australiens und einem hochentwickelten Affen bedeutend geringer als zwischen einem kultivirten Europäer und einem auf der niedrigsten Kulturstufe stehenden Menschen. Alle Stoffe, welche im Menschen vorhanden sind, finde man auch in allen anderen Lebewesen. Reicher Beifall lohnte dem Redner. Die Versammlung beschloß, die nächste Versammlung des Vereins der Feiertage wegen ausfallen zu lassen.

**Eine öffentliche Versammlung der Luzuspapier-Präger und Papier-Schläger** fand in Seefeld's Salon, Grenadierstr. 33, unter Vorsitz des Herrn Casper statt. In derselben referirte Herr Böttcher über Zweck und Ziele des Fachvereins. Der Referent schilderte in ausführlicher Weise die Uebelstände in der Papier-Branche und forderte die Versammelten auf, dahin zu wirken, daß alle in der Papier-Branche arbeitenden Kollegen dem Fachvereine beitreten, denn durch ein festes, geschlossenes Vorgehen auf diesem Wege könne nur eine Beseitigung der Mängel erreicht werden. Redner hob ferner hervor, daß die meisten hiesigen Zeitungen für die Fabrikanten eintreten, das „Berliner Volksblatt“ sei das einzige Organ für den Arbeiter, dasselbe müßte deshalb auch noch weit mehr als bisher von den Arbeitern gelesen werden. Die Versammlung sollte dem Referenten großen Beifall. An der Diskussion theilnahmen die Herren Schmidt, Bichel, Kasse und Rose, welche sich im Sinne des Referenten äußerten. Leider war der Referent verhindert, am Schluß zu sprechen, da es der überwachende Beamte, wie uns mitgetheilt wird, deshalb nicht gestattete, weil der Referent nicht der Branche angehört.

**Arbeiter Bezirksverein für den Osten Berlins.** Dienstag, den 15. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in Keller's Lokal, Andreasstr. 21. Tagesordnung: 1. Verlesung des Wahlergebnisses im 25. und 34. Kommunal-Wahlbezirk und Klärung der Kommunalwahlen. 2. Statutenberathung. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten. Nur Mitglieder haben Zutritt. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen nothwendig. Mitglieder, welche noch nicht im Besitz des Vereinskalenders sind, können denselben gegen Voreinsendung der Mitgliedskarte in Empfang nehmen. Wohnungsveränderungen sind sofort dem Kassirer Berger zu melden.

**Arbeiter-Bezirksverein „Unverzagt“**, umfassend den 5. Reichstagswahlkreis. Mittwoch, den 16. d. Mts., Abends 8 Uhr bei Golle, Linienstr. 30, letzte diesjährige Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Gerlach über „Kolonisation“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten. — Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Einschreibegeld wird nicht erhoben.

**Fachverein der Barbier- und Friseurgehilfen** Berlins. Vereinsversammlung heute Abend 10 Uhr im Restaurant Königsgraben 19. Gäste willkommen.

**Große öffentliche Generalversammlung der Schlosser und Berufsgeoffenen** am Mittwoch, den 16. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in den Bürgerhäusern, Dresdenstr. 96. Tagesordnung: 1. Antrag der Generalversammlung vom 6. Dezember. 2. Soll die Lohnkommission der Schlosser und Berufsgeoffenen fortbestehen oder nicht. 3. Verschiedenes.

Der Fachverein der Steinbrücker und Lithographen hält am Donnerstag, den 17. Dezember, Abends 8 Uhr, eine Versammlung in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79, ab. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reg.-Bau-meisters Herrn Kehler über: Die Maschine und ihre Verhältnisse im heutigen Wirtschaftssystem. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

**Gauverein Berliner Bildhauer.** Heute Abend Bibliothekabend.

**Zentral-Kranken- und Sterbefasse für Fabrik- und Handarbeiter** beiderlei Geschlechts (G. v. Dresden), örtliche Verwaltungsstelle Berlin 80. Mitglieder-Versammlung Mittwoch, den 18. Dezember, Abends 8 Uhr, Rantewitzstr. 90.

Tagesordnung: 1. Kasfenbericht für die Monate Oktober November. 2. Welche Vorteile bietet uns der neue Sanitätsverein. 3. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimirt.

**Bezirksverein des werththätigen Volkes der Schönhauser Vorstadt.** Dienstag, den 15. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in Silber's Salon, Schwedterstr. 23, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Gerlach über „Ernährung“. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. — Gäste willkommen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.

**Zentral-Kranken- und Sterbefasse der deutschen Wagenbauer.** Im Laufe dieser Woche finden noch folgende Versammlungen statt: 1) Dienstag, den 15. Dezember, für den Bezirk Berlin 1 in Keller's Lokal, Andreasstr. 21, obere Saal. 2) Mittwoch, den 16. Dezember, für den Bezirk Berlin 5 in der Blumenthalstraße 5 bei Schwarz. 3) Freitag, den 18. Dezember, für den Bezirk Berlin 6 in Heinrich's Lokal, Linienstr. 19, zweiter Eingang Voßbringerstraße 105. Sämmtliche Versammlungen finden Abends 8 1/2 Uhr statt und steht auf der Tagesordnung: 1. Wahl der Ortsverwaltung. 2. Innere Kasfenangelegenheiten.

## Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dazu abgesehen ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verzichtet sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiert zu werden.

„In Nr. 92 der „Baugewerkszeitung“, Organ deutscher Baugewerksmeister, befindet sich eine Abhandlung über die Lohnbewegung in Berlin und ist derselben die am 29. November dieses Jahres gefasste Resolution der Maurer zu Grunde gelegt. Es heißt daselbst, die Maurer hätten der Bauinnung den Fehdehandschuh hingeworfen. Nun, nach den in diesem Jahre gemachten Erfahrungen ist es nicht mehr wie billig; denn hätten die Herren nur einen Theil von dem wahr gemacht, womit sie sich so gerne schmücken, nämlich, daß sie die „Harmonie“ zwischen Arbeitgeber und -nehmer zu fördern suchen, so hätten dieselben mit der Lohnkommission der Maurer verhandeln müssen. Es ist kein Mittel von der Lohnkommission untersucht worden, um eine gütliche Einigung herbeizuführen und es wäre durch sachgemäße Verhandlungen gewiß mancher Uebelstand vermieden worden. Eine Forderung von 50 Pf. pro Stunde ist wohl nicht mehr wie billig, denn wenn man die Arbeitsausfälle, die jährlich durch die Witterung oder Arbeitslosigkeit hervorgerufen werden, bedenkt und man berechnet sich dann, was auf die Stunde im Durchschnitt kommt, so glaube ich wohl, ist dann das Urtheil — Schweigen. Denn soll der Maurer oder Zimmermann seinen Pflichten als Staatsbürger nachkommen, so kann er nur auf unserer Forderung beharren, nur bei der Bauinnung scheinen Zweifel in diesem Punkte zu herrschen. Je höher die Löhne, um so größer die Konsumtionsfähigkeit, mithin nur vortheilhaft für die Gesellschaft. Dieses scheint nach ihren Begriffen wahrhaft klaffsch zu sein. — Das trifft doch ganz entschieden zu, denn jeder Mensch, der sich nur wenig mit Sozialpolitik beschäftigt hat, erkennt diesen Sachverhalt voll und ganz an, nur bei den Herren von der Innung scheinen Zweifel in dieser Sache zu herrschen und diese Zweifel können eher als „klaffsch“ bezeichnet werden. Ferner herrscht ein Zweifel, ob die Verkürzung der Arbeitszeit, welche von den Zimmerern gestellt ist, von Vorthelle sein kann. Auch dieses trifft zu, denn gerade durch Verkürzung der Arbeitszeit wird die Reserve-Armee der Arbeitslosen verringert werden und es erhalten dann um 1/2 der Kameraden mehr resp. länger Arbeit. Es wäre das also höchstens ein Schaden für die Volkshaus, aber ein Vorthell für die Interessenten. Auch bricht man Zweifel, daß „Klaffsch-Arbeit Nord-Arbeit“ sei. Es ist das klar, denn die Herren stellen die Preise so niedrig, daß der betreffende Arbeiter bei normaler Arbeitszeit nicht zu seinem Lohn kommen kann, sondern noch Ueberstunden machen muß und ist es ihm dann wirklich geblüht ein paar Pfennige mehr heraus zu bringen, so hält man ihn mit seinem sauren verdienten Gelde noch möglichst lange hin. Ferner sagt genanntes Blatt: „Verkürzte Arbeitszeit — geringe Leistungen“. Daraus liegt wohl ein starker Schnitzer, denn dafür sind ja schon die sogenannten Bäcklingsgejellen, welche diesen Worten so gerne sprechen; gerade diese erhalten stets eine Kleinigkeit mehr. Da für ihre Leistungen will ich hier nicht entscheiden, denn durch eine besondere Anstellung ragen dieselben ganz gewiß nicht über die Würde der Arbeitskraft nicht von dem größten Theile der Arbeitgeber als Waare betrachtet, so würde gewiß eine andere Harmonie zwischen beiden Theilen herrschen, aber so geben die meisten Herren von dem Standpunkte aus, daß man die Waare so viel als möglich auszunutzen sucht; ist dieselbe verbraucht, so ist ja zehnfacher Ertrag vorhanden. Auch wird von genanntem Blatte behauptet, daß Behörden, Polizei und Arbeitgeber in der Verurtheilung des Maurerstreiks einig gewesen seien. Für die letzte Kategorie mag das zutreffend sein, obgleich auch nicht alle Arbeitgeber damit übereinstimmen, denn dieses ist oft in den Blättern der Provinzialblätter eine wichtige genannt. Zum Schluß sagt das Innungsorgan: „Wie viel mehr Sympathie könnten die Arbeitgeber und das gesammte bauende Publikum mit den Bestrebungen der Arbeiter ihre materielle Lage zu verbessern, haben, wenn die Arbeiter ausprüchen: „Wir wollen mehr verdienen, aber mehr leisten.“ Hierauf kann ich nur bemerken, daß gerade im Bauwesen in Berlin die menschliche Kraft bis auf das Neueste angezogen ist. Es giebt hierfür tausendfache Beweise, nur die Herren von der „Baugewerks-Zeitung“ scheinen das nicht zu wissen, oder besser gesagt, sie wollen es nicht. Es ist ja viel bequemer dem Arbeiter eine gewisse Politik unterzuschieben! Sogar reiche wäre es entschieden für die Gesammtheit, wenn immer Herren statt die Flamme zwischen beiden Theilen zu schüren, gerade vom Blatte der Baugewerksmeister müßte dahin gestrebt werden, die schon so gelockerte Harmonie wieder herzustellen. Das würde für beide Theile von großem Werthe sein, denn die Arbeiter geben wäthlich keinen Anlaß zu Bewußtsein, nur einzigemassen den gerechten Ansprüchen derselben Gehör geleistet wird. Ich glaube außerdem nicht einmal, daß alle Abonnenten der „Baugewerks-Zeitung“ auf demselben „menschenfreundlichen“ Standpunkte stehen und solche „Bedenken“ vertreten.

Berlin, den 6. Dezember 1885.

J. A.: Julius Darge, Köllnstr. 19, Schriftführer der Lohnkommission Berliner Zimmerer.

## Briefkasten der Redaktion.

Abonnent vom 1. April 1884. ad 1. Es wird Abhilfe geschaffen werden. ad 2. Wir können dieselben nicht erlauben.

S. R. Ihre Anfrage ist bereits in Nummer 200 beantwortet.

M. R., Bergstraße. Sie sind wahlberechtigt zu den Reichstagswahlen. Zu den Stadtverordnetenwahlen nur, wenn Sie die 2. Steuerstufe zahlen.

P. V. Nr. 93. Die Klage ist vollständig ausschloßlos. Sparen Sie sich unnöthige Kosten.

Seidel Ackerstraße. Sie dürfen die Versammlungsberichte nur auf einer Seite des Papiers schreiben.

R. Gasse. Wir bitten um Einsetzung Ihrer Adresse.

Julius Julius. R. nimmt sich das Leben.

D. D. Geben Sie am Mittwoch Abend nach der Wittenstraße 30 bei Golle, dort tagt der Arbeiter-Bezirksverein „Unverzagt“.